

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

DER IWF



IN PRAG

Zur
IWF-Tagung
in Prag
S. 3

UMTS – Ein
öffentlichtes Interesse
wird versteigert
S. 6

Kosovo: Kommunal-
wahlen im Nato-
Protektorat eine Farce
S. 8

Kampagne gegen
Kinderarmut
S. 12

Arbeiten
ohne Ende – Sick,
Waldkirch
S. 15

Berichte von der
Sommerschule der
ArGe.
S. 17



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewirtschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24 00 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

BASISARBEIT. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) sieht durch die Steuerreform eine „neue Dynamik in die Kapitalmärkte“ gebracht, u.a. erhöhe sie die Attraktivität von Dividenden und verwandten Kapitalerträgen: Schon in den vergangenen eineinhalb Jahren habe sich die Zahl der Aktionäre und Fondsbesitzer auf fast 12 Mio. verdoppelt! Nun müsse die Steuerreform als „Anstoß zu Umorientierungen in unserem Sozial- und Arbeitsrecht“ und v.a. auch zu weiteren Steuersenkungen genutzt werden. Der DIHT führt dazu jetzt zwei Ganztagsseminare durch als, wie es heißt, „Auftakt- und Basisarbeit für den Gesetzgeber“. Erwartet werden neben der weiteren Einkommenssteuerarifsenkung u.a. die Halbierung des Steuersatzes bei Betriebsaufgabe oder -veräußerung, „Nachbesserung“ bei den außensteuerlichen Regeln, der Umbau der Gewerbesteuer in eine „Kommunalfinanzierung auf mehreren Schultern“, die steuerliche Besserstellung von Aktienoptionen.

DEREGRULIERUNG. Über die Hälfte der 1999 ca. 550.000 neu geschaffenen Arbeitsplätze entfällt laut Mikrozensus auf befristete Beschäftigungsverhältnisse. Der BDA (Bundesvereinigung der Dtsch. Arbeitgeberverbände) reicht das noch lange nicht. Befristete Beschäftigungsverhältnisse sollten, so die Forderung, künftig für einen längeren Zeitraum als zwei Jahre, befristete Arbeitsverhältnisse überdies ab dem 50. Lebensjahr statt wie heute ab dem 60. vereinbart werden können. Ob das die Arbeitslosigkeit in der Gruppe der älteren Lohnabhängigen verringert, wie die BDA vorgibt – oder nicht vielmehr die Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich weiter dereguliert?

ÜBERREGULIERUNG. Die Kritik an den Gesetzentwürfen für ein Pflege-Qualitätssicherungs- und ein Heimbewohner-Schutzgesetz reißt nicht ab (s. PB 16, S. 2). Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert, dass die Kosten des vorgesehenen obligatorischen Qualitätsmanagements, die sich auf 1,6 Mrd. DM belaufen, bei der Pflege eingespart werden. Eine wirkliche Qualitätsverbesserung in den Einrichtungen sei nur mit einer durchgreifenden Reform der Pflegeversicherung zu erreichen, die zugleich den ungeheurem Verwaltungsaufwand eindämme. Außerdem würden die Defizite beim Heimbewohner-Schutzgesetz unzureichend aufgelöst: In vielen Bundesländern liege die Zuständigkeit für die Heimaufsicht bei denselben Behörden, die auch für die Pflege in den Heimen finanziell aufkommen, den Sozialhilfeträgern; Auflagen stünden deshalb immer unter Kostenvorbehalt. Insgesamt fresse die Aufblähung bürokratischer Anforderungen die für gute Pflege benötigten Ressourcen auf. Insgesamt würden die Dokumentations- und Zertifizierungspflichten sowie die Kontrollen übermäßig ausgeweitet, strukturelle

Mängel jedoch nicht beseitigt. Für vorrangig hält der Paritätische Wohlfahrtsverband, dass der Betreuungsbedarf demenzkranker Menschen in der Pflegeversicherung angemessen Berücksichtigung findet und ein Entgeltsystem geschaffen wird, das am tatsächlichen Hilfebedarf der Menschen in Einrichtungen ausgerichtet ist.

VERWEIGERUNG. Die Bundesregierung verweigert die Nachzahlung von Krankengeld. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Juni für verfassungswidrig erklärt, dass Arbeitnehmer zwar auf Einmalzahlungen Sozialbeiträge zahlen müssen, diese aber nicht in die Berechnung von Arbeitslosen- und Krankengeld einfließen. Deshalb muss die Berechnungsgrundlage für Kranken- und Arbeitslosengeld rückwirkend um 10 % erhöht werden. Bundesgesundheitsministerin Fischer will, entgegen den Zusagen der Krankenkassen, die Nachzahlungen auf diejenigen beschränken, die Widerspruch eingelegt bzw. geklagt haben, und dadurch mehrere Milliarden auf Kosten von Langzeitkranken „einsparen“. Kommt sie damit durch, könnte das Bundesarbeitsministerium noch weit mehr Milliarden an den Arbeitslosen „einsparen“. Es müsste nämlich aufgrund des Karlsruher Richterspruches ca. 20 Mrd. DM beim Arbeitslosengeld nachzahlen. Die IG Metall bot den Versicherten Rechtsschutz, wenn sie gegen die übeln Tricks vor die Gerichte gehen.

EURO-KORPS. Der Bundesverband deutscher Banken (BdB) fordert den Einsatz der Bundeswehr bei der Einführung des Euro: Für die Verteilung des Euro und den Abtransport der DM sollen neben den gepanzerten Spezialfahrzeugen rund 1000 Lastwagen der Bundeswehr mit bewaffneten Soldaten auf den Ladeflächen und bewaffneten Eskorten zum Einsatz kommen. Außerdem soll die Bundeswehr Kasernen zur Verfügung stellen, in denen das neue Geld angeliefert, in bedarfsgerechte Portionen gestückelt und für den Weitertransport an Banken und Unternehmen neu verladen werden können.

ILLEGAL. Der philippinische Notenbankchef wirft u.a. der Deutschen Bank vor, durch illegale Währungsspekulationsgeschäfte und Missachtung ihrer Berichtspflicht wesentlich dazu beigetragen zu haben, dass der philippinische Peso im Frühjahr drastisch an Wert verlor. Er kündigte an, dass jedes einzelne beanstandete Spekulationsgeschäft zur Warnung mit einer Strafe von 30.000 Peso belegt werde. Im Wiederholungsfall würden den Banken die Lizenzen für mindestens 3 Monate entzogen.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Der Bundestag beendet die Sommerpause: Die Haushaltsberatungen beginnen am 12.9. und erstrecken sich über die ganze Woche.

Einige Zahlen und Fakten für wissensdurstige IWF-Gegner

Unübersehbar hat sich Prag in den letzten zehn Jahren stark verändert. Fassaden wurden neu verputzt, Gebäude saniert, neben den Palais der Wallenstein, Lobkowicz und Schwarzenberg entstanden prachtvolle Banken- und Versicherungspaläste. Prag, die Goldgrubenstadt ...

Im Vorfeld des IWF/Weltbankgipfels befasste sich kürzlich der Prager Magistrat mit einem Antrag, durch den das Betteln in der Innenstadt verboten werden sollte. Der Antrag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt ...

Bettelei und Obdachlosigkeit – Phänomene der „freien Marktwirtschaft“, die es vor 1989 nicht gab. An ihnen wird am



krassesten sichtbar, was aus den Hoffnungen auf materielle Verbesserungen geworden ist, die sich viele Tschechen machten, als ihr Land 1989/90 zum Kapitalismus und unter die Fittiche des IWF zurückkehrte.

Einen Kredit von 3,9 Milliarden Dollar erhielt die damalige Tschechische und Slowakische Föderative Republik (CSFR) 1990 vom IWF, und dazu einen von deren berüchtigten Strukturanpassungsplänen, in denen dem kreditnehmenden Land seine Politik vorgeschrieben wird: möglichst rasche Privatisierung staatlicher Unternehmen, Einschränkung der Staatsausgaben, Sozialabbau.

Einige Zahlen zum Lebensniveau

Der durchschnittliche Monatslohn beträgt zurzeit ca. 12.000 Kronen, umge-

rechnet knapp 700 DM. Die höchsten Löhne werden im Finanzsektor gezahlt (durchschnittlich etwa 21.000 Kronen (Kc) = ca. 1160 DM), gefolgt von den großen ausländischen Konzernen (VW-Škoda z.B. 17-18.000 Kc = ca. 950-1000 DM). Weit darunter liegen die Löhne in den Branchen mit vorwiegend einheimischen Unternehmen (z.B. Textilbranche: 5000 Kc = 300 DM). Dazwischen die Beschäftigten im Erziehungs- und Gesundheitswesen und in sonstigen öffentlichen Einrichtungen (ca. 10.000 Kc = 600 DM). Der Mindestlohn wurde kürzlich auf 4500 Kc angehoben, netto bleiben davon 3800 Kc (200 DM).

Häufig werden aber selbst diese Hungerlöhne nicht ausgezahlt: Im letzten Jahr wurden etwa 100.000 Beschäftigte für ihre Arbeit nur unregelmäßig oder gar nicht bezahlt. Und gerade vor ein paar Tagen wurde wieder gemeldet, dass rund 11.000 Hütten- und Maschinenbauarbeiter im nordböhmischen Ostrava-Vítkovice auf ihr Juli-Gehalt mindestens bis Ende August warten müssen.

Eine weitere Neuerung der letzten Jahre ist die Arbeitslosigkeit. Bis 1996 lag sie noch relativ niedrig (2-3%), seitdem schießen die Zahlen in die Höhe: Landesweit liegt die Arbeitslosenquote jetzt bei 9,5%, in einigen Regionen (z.B. den Bergbauregionen Nordböhmens und Nordmährens) erreicht sie fast die 20-Prozent-Marke. Betroffen sind vor allem Frauen, Jugendliche und Roma. Nur 42% der Arbeitslosen erhalten Arbeitslosengeld.

Die Preise stiegen generell zwischen 1990 und 2000 auf das Vierfache an. Das entspricht ungefähr dem nominalen Anstieg der Durchschnittslöhne während dieser Zeit. Aber: zwei Drittel der Beschäftigten liegen beim Anstieg der Löhne unter dem Durchschnitt. Und: viele Dinge, die früher als staatliche Sozialleistungen gratis waren, müssen heute bezahlt werden. So wurden z.B. die betrieblichen Kindergärten, Polikliniken und Ferrieneinrichtungen abgeschafft (die Autofabrik Škoda z.B. wurde von VW extra neu gegründet, um derartige „Altlasten“ loszuwerden). Gute Gesundheitsversorgung, Ausbildung und Kultur ist wieder zum Privileg der Reichen geworden. Ein Hochschulstudium kostet heute Studiengebühren, und ein Stipendium steht nicht mehr jedem Studierenden zu. Bücher, Theater- und Konzertbesuche u.ä. sind für

22.-24. September: Gegengipfel

Dreitägiges Forum über die wirklichen Kosten der IWF-Entwicklungs politik und -Strukturanpassungsprogramme

22.-24. September: Kulturfestival „Kunst des Widerstands“ zur „Schaffung einer neuen Synthese zwischen Kunst, Aufklärung und Aktion“

23. September: Stop IWF und Weltbank. Demonstration von Gewerkschaften und linken Organisationen. Treffpunkt: 14.30 Uhr Tržnov (Metro C, Station Vltavská)

24. September: Internationale Konferenz Gemeinsam gegen IWF und Weltbank 9.00 Uhr, Ort noch nicht fest

24. September: Parade Finale. Ein bunter Marsch durch die Straßen Prags zum Abschluss des Gegengipfels

24. September: Großes Fest

22.-25. September: Übungen und Workshops

- Entscheidungen im Konsens finden
- Wirksame gewaltlose Aktionsformen
- Nutzung des Internets
- Erste Hilfe auf der Straße u.a.

26. September: Globaler Aktionstag anlässlich der Eröffnung der IWF/WB-Tagung im Kongresszentrum. Treffpunkt: ab morgens auf dem Náměstí míru (Friedensplatz)

27./28. September: Weitere Proteste

Die Aktivitäten werden von vielen verschiedenen Gruppen organisiert. Eine Org-Zentrale gibt es nicht, und deshalb auch keinen Veranstaltungskalender, wo alles fein säuberlich drinstehrt. Wer nach Prag fährt, wird aber überall auf Info-Möglichkeiten treffen. Wenn alle Stricke reißen: im Stadion Strahov gibt es einen Info-Punkt.

die Mehrheit der Bevölkerung unerschwinglich geworden, Kultur wird großteils für die Touristen gemacht.

Wirtschaftlicher Rückgang

Die Rückkehr zum Kapitalismus war mit einem drastischen Niedergang der Wirtschaft verbunden. Unter den neuen Bedingungen waren die alten Werte nichts mehr wert. Die eingespielten Wirtschaftsbeziehungen mit den ehemaligen RGW-Ländern und vielen Ländern der sog. Dritten Welt zerbrachen, der Binnenmarkt wurde überflutet von westlichen Waren. Die Industrieproduktion ging 1989-98 um 22%, die landwirtschaftliche Produktion um 30%, der Wohnungsbau auf ein Drittel zurück.

Eine Besonderheit in der CSFR/CR war die sog. Coupon-Privatisierung. Die neue →

Bereitet sich Prag auf einen Bürgerkrieg vor?

Von Zdenek Horení

Anfang August stellten alle Prager Zeitungen in ihren Schlagzeilen dieselbe Frage, die auch unser Titel ausdrücken soll: „Bereitet sich Prag gerade auf einen Bürgerkrieg vor?“

Anlass war ein Ausspruch von Václav Havel. Auf der Prager Burg empfing der tschechische Präsident den Geschäftsführenden Direktor des IWF Horst Köhler der gekommen war, um die prächtigen Sitzungssäle in Augenschein zu nehmen, in denen IWF und Weltbank ihre Tagung abhalten wollen. Havel benutzte die Gelegenheit, um vor Journalisten kundzutun, dass er die Angst vor den Protestaktionen der Globalisierungsgegner für übertrieben halte. „Wir bereiten uns vor,“ so sagte er, „wie auf einen Bürgerkrieg und freuen uns, wenn wir ihn hinter uns haben.“

Havel sprach damit öffentlich sein Mißfallen über die Besorgnisse der offiziellen Stellen wegen der Vorbereitungen auf den Bankengipfel aus. Ständig sprechen sie von Sicherheitsmaßnahmen, aber über die Mission von IWF und Weltbank erfahren die Einwohner Prags kaum etwas.

Die getroffene Gans, sagt ein tschechisches Sprichwort, schnattert zuerst. Nach der Kritik von der Prager Burg widersprach als erster Innenminister Stanislav Gross, der ehrgeizige junge Sozialdemokrat, der erst vor kurzem mit diesem Amt betraut wurde. Verständlicherweise fand er, der Präsident dramatisiere.

Mir als Prager Bürger scheint jedoch, dass keineswegs der Minister, sondern der Präsident Recht hat. Denn seit Monaten wird die Bevölkerung über die Medien mit den verschiedensten Drohungen aus dem Inneministerium bombardiert, als ob tatsächlich ein Bürgerkrieg bevorstünde. So wird schon seit dem Frühjahr der Abtransport der Schulkindern aus den Prager Stadtvierteln, in denen die Bankerkonferenz stattfinden soll, in Orte außerhalb von Prag organisiert. Den alten Menschen wurde nahegelegt, ebenfalls lieber die Stadt zu verlassen, und es wurde ihnen sogar eine finanzielle Unterstützung dafür versprochen. Unternehmer und Geschäftsleute wurden aufgefordert, auffällige Reklame zu entfernen, weil sie sonst Opfer von Angriffen der Demonstranten werden könnten.

Die Krone des Ganzen aber war die Aufforderung des Ministeriums, dass in

der zweiten Septemberhälfte Nicht-Prager nicht in die Prager Theater gehen sollten, weil ihnen sonst womöglich unterwegs etwas zustoßen könnte.

Havel als Dramatiker mit Sinn für politische Happenings gab währenddessen öffentlich bekannt, dass er eigentlich einen Dialog zwischen Bankern und Globalisierungsgegnern in Gang setzen müsse. Wie die Nachrichtenagentur CTK ausdrücklich schrieb, will Havel auch „durch eigene Ideen den Dialog zwischen den Repräsentanten von NGOs und IWF/Weltbank bereichern“ und lud sie zu einem Runden Tisch auf die Burg ein. Er stellte ihnen sogar die Burggärten zur Verfügung, in denen sie seiner Meinung nach gemeinsame Meditationen durchführen könnten.

Im Innenministerium sieht man das realistischer. Nach Prag werden nämlich außer 18.000 Finanzexperten auch mindestens 20.000 Demonstranten aus der ganzen Welt kommen und, den Presseberichten zufolge, in der tschechischen Hauptstadt ein „neues Seattle“ veranstalten. Um der Öffentlichkeit genügend Angst einzujagen, wird die Zahl der erwarteten Globalisierungsgegner ständig erhöht – zunächst auf 30.000 und mittlerweile schon auf 50.000.

Ministerium und Prager Magistrat haben inzwischen einen Vertrag geschlossen, dem zufolge im Strahov-Stadion (angeblich eins der größten Stadien der Welt) ein Zeltlager für die ausländischen Demonstranten eingerichtet wird.

Die Konferenz der Banker wird am anderen Ende von Prag, in dem Kongresszentrum stattfinden, aus dem das Innenministerium den Berichten der Presse zufolge eine Festung machen will, die von 11.000 Polizisten bewacht wird. Es werden sogar führende Polizeiexperten aus den USA als Berater und Ausbilder nach Prag geschickt. Der amerikanische Geheimdienst FBI hat vor einigen Wochen in Prag sein Büro eröffnet.

Tschechische Polizisten trainieren bereits ehrlich den „Dialog“. Elftausend Gummiknüppel zu meistern ist kein Spaß. Seit dem 1. Mai hat bekanntlich die Prager Polizei mindestens drei Demonstrationen von Jugendlichen auseinandergetrieben – zum Aufwärmen.

Ob solcher Zuverlässigkeit fand der Innenminister lobende Worte.

Foto: Gemeinsame Meditation in den Gärten des Hradschin, Installation im Sommer 1997



Regierung wollte wenigstens den Anschein erwecken, dass die Bevölkerung am Verkauf der staatseigenen Betriebe beteiligt würde. Es wurden deshalb Couponhefte angeboten, die man sich kaufen und mit deren Inhalt man dann zu geringen Preisen Aktien von staatlichen Betrieben nach eigener Wahl erwerben konnte. Die Bevölkerung zeigte zunächst wenig Interesse daran. Das änderte sich erst, als Leute, die man später als „Piraten“ titulierte, denjenigen horrende Zinsen versprachen, die ihnen ihre Coupons anvertrauen würden. Viele konnten sich nicht vorstellen, so skrupellos betrogen zu werden, und fielen darauf herein; ihr Geld sahen sie nie wieder. Zahlreiche Betriebe wurden zum Spielball von Spekulanten und Betrügern.

Deindustrialisierung und Ausverkauf

Als Problem bei der Privatisierung erwies sich, dass in der sozialistischen Tschechoslowakei niemand so viel privaten Reichtum hatte anhäufen können, wie nun plötzlich für das Betreiben und Umrüsten der Industriebetriebe für kapitalistische Verhältnisse erforderlich war. Man musste also in Kauf nehmen, dass Investoren ohne Eigenkapital riesige Betriebe auf Pump kauften. Das endete häufig mit einer Pleite und der Schließung des Betriebes. Die Alternative: Man musste ausländische Investoren ins Land locken.

Deindustrialisierung und Ausverkauf gingen Hand in Hand. Größter ausländischer Investor ist der Volkswagen-Konzern, der 1991 Renault als Konkurrenten ausstach und 70% der Aktien von Škoda in Mladá Boleslav erwarb – die restlichen 30% folgten dieses Frühjahr. Škoda allein hat einen Anteil von 10% am gesamten tschechischen Außenhandel! Gleichzeitig dient die tschechische Tochter VW als Türöffner nach Osten. In Polen, Russland und Indien werden bereits Škoda-Autos produziert oder Produktionsanlagen gebaut.

Wie die Autobranche ist auch der Einzelhandel fest in ausländischen Händen. Von den zehn größten Einzelhandelsketten ist nur eine in tschechischem Besitz, und auch die ist auf der Suche nach einem strategischen Partner im Ausland. Im Finanzsektor wird eine Bank nach der anderen an ausländische Großbanken verkauft. Im Energiesektor kaufen sich zurzeit vor allem deutsche Konzerne wie RWE oder VIAG (Bayernwerk) ein. Die Telekommunikation wird ebenfalls gerade ans Ausland verscherbelt. Neunzig Prozent der Presse in den westlichen Regionen der CR gehören deutschen Pressekonzernen, darunter an erster Stelle die Passauer Neue Presse mit ihren engen Verbindungen zu CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft.

Insgesamt gab es 1999 10.000 deutsche und 6.000 tschechisch-deutsche Firmen. Die ausländischen Investitionen beliefen sich von 1989 bis 1999 auf 28 Milliarden Dollar. Davon kam der größte Teil (25%) aus Deutschland, gefolgt von den Nieder-

landen, Belgien, den USA, Österreich und Großbritannien.

Während die ausländischen Firmen ihre Gewinne 1999 verdoppeln konnten, mussten immer mehr tschechische Firmen Konkurs anmelden. Im September 1998 wurde offiziell zugegeben, dass sich die CR in einer „Rezession“ befand. Mittlerweile wird erstmals wieder ein geringfügiges Wachstum gemeldet.

Investitionsanreize und Sozialabbau

Die tschechische Regierung reagierte auf die Krise mit dem Versuch, durch großzügige Investitionsanreize vermehrt ausländisches Kapital anzulocken, und forcierte gleichzeitig die Privatisierung.

Das sieht häufig so aus wie beim Verkauf der Tschechischen Sparkasse, die vor einigen Monaten an die österreichische Erste Bank Sparkasse Wien verkauft wurde. Aus der Staatskasse flossen allein Ende 1998 mehr als 40 Milliarden Kronen zur Sanierung „notleidender Kredite“ in das zweitgrößte Geldinstitut der CR. Als Erlös für den staatlichen Anteil von 52% der Aktien flossen dann gerade mal 19 Milliarden zurück.

Kein Wunder, dass die Staatskasse immer leerer und die Verschuldung des Staates immer höher wurde. Die Auslands Schulden, die 1989 gerade mal 7,8 Mrd. Dollar betrugen, waren bis 1998 bereits auf 23 Mrd. Dollar (45,3% des BIP) angestiegen.

Hieran knüpfen sich auch die aktuellen Forderungen von IWF und Weltbank gegenüber der tschechischen Regierung. Um die Staatsverschuldung zu reduzieren, soll Prag u.a. strengere Kriterien bei der Bewilligung von Sozialleistungen anwenden, die Zahl der Frührentner reduzieren, Renten und Sozialhilfe kürzen und erst mit längerer Verzögerung einen Inflationsausgleich beschließen.

Die Hoffnungen sind zerstoben

Glänzende Fassaden und armselige Bettler. Nach zehn Jahren Kapitalismus kann keiner mehr die Augen davor verschließen, dass die großen Hoffnungen von 1989 zerstoben sind. Eine kleine Schicht von Neureichen bedient sich hemmungslos aus dem Volksvermögen, die Masse der Bevölkerung aber gehört zu den Verlierern. Das bezieht sich nicht nur auf die materielle Seite. Die Regierungen, die keinen anderen Weg aus der Misere wissen, als dem ausländischen Kapital immer noch unterwürfiger die Ressourcen des Landes anzudienen, wissen, dass solch ein Weg nicht populär ist in einem Land, das über Jahrhunderte seine Erfahrungen mit der Fremdherrschaft gemacht hat. So müssen sie agieren, ohne sich auf eine tragfähige Mehrheit stützen zu können.

Diese Misere findet ihr Spiegelbild in der parlamentarischen Situation. Die Regierung des früheren (neoliberalen) Ministerpräsidenten Klaus stürzte über Parteidenskandale. Die Regierung des jetzigen (sozialdemokratischen) Ministerpräsidenten Zeman hat keine Mehr-

heit. Eine Koalition mit der drittstärksten Kraft, der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM), die mit 24 Abgeordneten im Parlament vertreten ist, wollten die Sozialdemokraten nicht eingehen. Sie hätten dann nicht so ungeniert gegen die kleinen Leute regieren können. So stützt sich die Regierung auf ein „Oppositionsabkommen“ mit der Klaus-Partei (ODS) und setzt mit ihr gemeinsam Maßnahmen durch wie z.B. das neue Wahlgesetz, das die Rechte der kleinen Parteien stark einschränkt und die Möglichkeiten der großen vermehrt, sich legal aus der Staatskasse zu bedienen.

So sind die Hoffnungen auf eine offene Gesellschaft und mehr Mitsprachemöglichkeiten für die breite Bevölkerung verflogen. Bei keiner der wichtigen Entscheidungen für das Land wurde die Bevölkerung gefragt, weder bei der Aufspaltung des Landes in Tschechische und Slowakische Republik noch beim Eintritt in die Nato. Als die CR im März 1999 in die Nato aufgenommen wurde, wurde es ganz offen ausgesprochen: Mit den Nato-Verbündeten im Rücken braucht man keine Opposition nicht mehr zu fürchten.

Die Stimmung im Land ist entsprechend. Die meisten Tschechen sind ratlos. Viele haben Angst. Angst vor Kriminalität, Angst vor der Zukunft, Angst vor dem Unbekannten, Angst vor der allgemeinen Unsicherheit. Was soll nur daraus werden? So wie jetzt kann es ja nicht weitergehen.

Viele suchen einen Ausweg. Manche nach rechts. Zwar ist die rechtsextreme und rassistische Republikanische Partei bei den letzten Wahlen an der Fünfzehnsterde gescheitert, aber es gibt andere faschistische Organisationen, Skinheads z.B., die versuchen, die allgemeine Ratlosigkeit auszunutzen.

Zunehmend wird aber auch nach Wege gesucht, um die Probleme zu lösen. Zurück will niemand, da sind sich fast alle einig, bis hin zur Kommunistischen Partei. Aber die Zahl derer wächst, die begreifen, dass der jetzige Weg nicht die richtige Alternative sein kann. Der Antikommunismus, seit 1989 verordnete Staatsdoktrin, beginnt unwirksam zu werden. Bei den Umfragen seit dem letzten Sommer hat die Kommunistische Partei (ca. 120.000 Mitglieder, davon 12.000 in Prag) wesentlich an Zustimmung gewonnen. Zeitweise lag sie mit ca. 23% sogar vor allen anderen Parteien auf Platz 1. Auch andere linke Organisationen werden sichtbar.

Die Bürgerlichen reagieren mit verstärkter Repression. Die Versuche, linke Ideen zu kriminalisieren und eine Gedenkjustiz offiziell zu etablieren, nehmen zu. Auf diesem Hintergrund sind auch die Maßnahmen im Vorfeld der Anti-IWF-Proteste zu sehen, die Panik in der Bevölkerung verbreiten und Angst vor den Linken schüren sollen.

Renate Hennecke

(Wir entnahmen den Artikel den Deutschen Tschechischen Nachrichten Nr. 22)

Grüne knicken erneut ein

Munitionsfabrik für die Türkei – bald Panzer?

Was sind die Rüstungsexportrichtlinien, die die Bundesregierung nach der Auseinandersetzung um die Lieferung eines Testpanzers an die Türkei im Frühjahr verabschiedete, in der Praxis wert? Die von der Friedensbewegung geübte Kritik erfährt in diesen Tagen traurige Bestätigung durch die Praxis: nichts! Der Bundes sicherheitsrat hat der Rüstungsfirma Fritz Werner die Ausfuhr genehmigung für eine Munitionsfabrik in die Türkei (90 Mio. DM) erteilt, ungeachtet der anhaltend blutigen Unterdrückung der Kurden, ungeachtet von Folter und staatlichem Terrorismus gegenüber der politischen Opposition. Nur nebenbei sei bemerkt, dass das Unternehmen Fritz Werner eine einschlägige Tradition bei der Belieferung von Militärdiktaturen und Folterregimes bzw. in „Spannungsgebiete“ hat: So belieferte es während des iranisch-irakischen Krieges beide Kriegsparteien,

Außenminister Fischer hat sich, so lässt er durchblicken, im Sicherheitsrat überstimmen lassen. Den Beschluss verteidigt er. Die Kritik aus den Reihen der Grünen an der Entscheidung, soweit überhaupt noch Kritik geäußert wird, ist fast durchweg scheinheilig und verlogen. Bis auf ganz einsame Ausnahmen (Claudia Roth) ziehen sich die Grünen auf die Position zurück, die Entscheidung sei nicht schön, aber man habe nichts machen können, da die seinerzeitige CDU/CSU/FDP-Bundesregierung entsprechende Voranfragen einschlägig beschieden habe. Das ist jedoch so nicht wahr: Die vorläufige Antwort der Vorgängerregierung stand, wie dies allgemein üblich ist, unter Vorbehalt. Der Sicherheitsrat hätte, wenn er denn gewollt hätte, die geänderten Rüstungsexportbestimmungen geltend machen können. Er wollte nicht. Er wollte das große Leopard-2-Rüstungsgeschäft mit der Türkei – bis zu 1000 Kampfpanzern – anbahnen.

Dafür spricht nicht nur, dass die Minister Müller und Schäping und andere Sozialdemokraten das Feld der öffentlichen Meinung entsprechend pflügen. Ebenfalls Ende August übernahm die Bundesregierung eine Hermes-Bürgschaft in Höhe von fast 4 Mrd. DM für zunächst ca. 250 Leopard-2-Panzer nach Griechenland – das ist bereits das halbe Geschäft. Schon hört man, dass die Ablehnung der Lieferung der Kampfpanzer in die Türkei, wenn gleichzeitig nach Griechenland geliefert werde, den Konflikt zwischen den beiden „Nato-Partnern“ nur schüren könnte. „Die Griechen-Panzer als Planierraupen auf dem Weg zum noch größeren Deal“, kommentierte die „Süddeutsche“ (24.8.).

Protest von den Grünen? Nicht zu hören. Sie räumen Position um Position. Bis sie selbst abgeräumt werden. *scc*

Ein öffentliches Interesse wird versteigert

Was wird denn da verkauft? In den Siebzigerjahren kam es noch zu einem Streit, ob man wegen der technisch möglich gewordenen Vielfalt von Fernsehprogrammen neben öffentlich-rechtlichen privaten Sender lizenziieren solle. Der Ausgang ist bekannt, die Qualität der Produkte auch, und schon das gäbe Stoff genug für eine Diskussion, ob das neue Medium wirklich rein privat-wirtschaftlich reguliert werden sollte.

Eine neue Technik? Ein neues Medium!

UMTS ermöglicht die Übertragung bewegter Bilder und dynamischer Töne. Die gängige Veranschaulichung (Hören & Sehen von Oma & Enkel) verschleiert eher das weite Anwendungsfeld; Verknüpfung von Werbung mit elektronischem Einkauf, interaktives Fernsehen auf Bestellung usw. usf. Es geht um Anteile am Geschäft der werbenden Wirtschaft, der privaten Rundfunk- und Fernsehanbieter, um Rationalisierungsmöglichkeiten im Vertriebsgeschäft und im Dienstleistungsgeschäft.

Anders als das Telefon, bei dem sich typischerweise zwei natürliche Personen auseinandersetzen, steht beim UMTS-Gerät die natürliche Person mit ihrem „Handy“, fast wie mit einer Prothese verbunden, der Totalität der Medienwelt gegenüber und wird für Angebote aller Art erschlossen. Eine Größenordnung von 100 Milliarden bzw. über 1200 DM pro Einwohner für 20 Jahre? Schließlich zahlen die Leute den Öffentlich-Rechtlichen im Verlauf von 20 Jahren auch einige Tausend Mark Rundfunkgebühr.

Warum Lizenz?

Die Senderechte können nicht als freies Gut, etwa wie Atemluft oder Sonnenlicht, gehandhabt werden. Während Firma A die Frequenz nutzt, steht sie für Firma B nicht zur Verfügung. Die UMTS-Frequenzen können als Eigenschaft des Raumes, interessant über den Grundstücken, auf denen zahlungskräftige Menschen gehen und stehen, nur nach dem Ausschlussprinzip genutzt werden. Aber wieso kaschiert der Staat? Warum nicht die Grundstücke, über deren Grundstücke hin die Lizenznehmer Ausstrahlungen vornehmen dürfen? Oder die Leute, deren Körper bestrahlt werden? Weil diese Technik nur interessant ist, wenn sie überallhin reicht, die dazu nötigen Sendeanlagen an den erforderlichen Punkten errichtet werden können und wenn sie nicht gestört wird. Dieses Recht ist durchzusetzen und das muss nicht einfach werden. Man spricht von Zehntausenden von Sendemasten, auch heißt es, erste Untersuchungen über die gesundheitliche Verträglichkeit der Strahlung hätten wenig Erfreuliches ergeben. Die nahen Nachbarn von UMTS-Stationen werden also erfahren, dass mit der Lizenzvergabe der Staat auch das Versprechen gegeben hat, die Errichtung der Sendestationen durchzusetzen und die Bürger zur Duldung der Folgen zu zwingen.

Wieso Versteigerung?

Die Einnahme hat der Staat als Ordinanzstaat. Aber wieso Versteigerung? Am höchsten können diejenigen Firmen bieten, denen die Öffentlichkeit, d.h. hier die Kreditgeber, zutrauen, am meisten aus

dem „knappen Gut“ herauszuholen. In welchen Grenzen bewegen sich die Bieter? Sie kalkulieren ihre Geschäftserwartungen. Neue Techniken ermöglichen Extraprofite. Da es um die Nutzung von Raumsegmenten geht, ist die Konkurrenz notwendig – konkret 20 Jahre lang – behindert, man kann dem Publikum eine Rente abknöpfen, je weniger Lizenzinhaber, umso mehr. Man will sich gegenseitig rausdrängen und das treibt die Preise hoch. Da man am Ende nicht wissen kann, wie viele Leute die neue Technik brauchen, kommt ein Moment von Glücksspiel auf. Da die mithabenden Firmen nicht in der Lage sind, die erforderlichen Geldbeträge aus Rücklagen aufzubringen, geht man auf den Kapitalmarkt, es kommt also darauf an, das Publikum mitzureißen. Schöne Grüße von der Expo! Aber es kann ja auch mal wieder klappen! (Die Aktienmärkte z.B. reagierten bis jetzt kühl.)

Die Verwendung der Einnahmen

Ein vereinfachtes Modell der Finanzierung über den Kapitalmarkt: Eine Person oder Institution, die 100 TDM in Staats Schulden angelegt hat, verkauft diese Anlage und kauft stattdessen die Anleihe der Telekom (die schon einiges mehr bringen muss, damit das reizt). Die Telekom zahlt an Eichel. Eichel kauft die Staatsschuld zurück. Darauf läuft die überall erhobene Forderung/Aussage hinaus, das Geld müsse zur Tilgung der Staatsschuld verwendet werden.

Die Ansprüche Zins & Tilgung, die gegenwärtig von Anlegern an den Staat gerichtet werden, der sich durch Einhebung

Die Diskussion in der Presse

1. Was ist UMTS? • Abkürzung von „Universal Mobile Telecommunications System“ • „Handy der Zukunft“ • Mobilfunkdienste mit bis zu 200-mal höherer Übertragungsgeschwindigkeit möglich • In Deutschland wurden 12 Frequenzblöcke versteigert, möglich waren zwischen 4 und 6 Lizenen; in anderen Ländern steht die Anzahl der Lizenen von vornherein fest.

2. Was kostet es? • In Deutschland: ca. 99 Mrd. DM, etwa 1200 DM pro Einwohner, sechs Lizenen für 20 Jahre • In England: etwa 1350 DM pro Einwohner • In den Niederlanden: 5,2 Mrd. DM, etwa 340 DM pro Einwohner • In Frankreich: keine Versteigerung, Vergabe im „Schönheitswettbewerb“ für etwa 40 Mrd. DM, vier Lizenen bis zum Jahr 2016, nur die Hälfte muss sofort gezahlt werden, der Rest in Raten • In Italien beginnt die Versteigerung am 2. Oktober, versteigert werden 5

Lizenzen für 15 Jahre. Sofort müssen nur 4 Milliarden DM gezahlt werden, der Rest in Ratenzahlung in den nächsten zehn Jahren.

3. Unterschiedliche Bewertung der Versteigerungshöhe in Deutschland • Wirtschaftlich nicht mehr vertretbar, Aktiengesellschaften sehr skeptisch • Gleiches Ergebnis wäre 4 Tage vorher für 35 Mrd. DM billiger zu haben gewesen (wenn Telekom nicht versucht hätte, einen weiteren Konkurrenten rauszudrücken) • Auch solche Gerüchte sind im Umlauf: Telekom gehört noch zur Hälfte dem Bund, deshalb Kosten absichtlich in die Höhe getrieben? • Die Lizenen werden sich erst nach mehreren Jahren rentieren (die Telekom rechnet mit einer Durststrecke bis zu 10 Jahren) • Die Firmen hatten mit bis zu 20 Mrd. für eine kleine Lizenz gerechnet, sie kostet jetzt etwa 16,5 Mrd. DM • Versteigerung ist „gerecht“, wegen der Höhe der Summe müssen die Lizenen effizient verwendet werden • Möglicher-

weise steigende Zinsen, falls der Staat seine Schulden tilgt • Schröder: Schuldentilgung positiv für Euro

4. Wie wird die Summe finanziert? • Steuerersparnisse der Firmen in den nächsten Jahren (laut bayerischem Finanzminister Faltlhauser): In den nächsten 20 Jahren bei den Kommunen Ausfälle bei der Gewerbesteuer in Höhe von DM 17 Milliarden DM, bei den Ländern 10 Milliarden an anteiliger Körperschaftssteuer • Anleihen der Firmen: Allein die Telekom nimmt eine Anleihe in Höhe von 13 Mrd. Euro auf (das ist die Höhe der Lizenen und die notwendigen Investitionen); insgesamt wird mit Anleihen in Höhe von 30 bis 40 Milliarden Euro gerechnet • Ein Teil wird auf die künftigen Kunden umgelegt (kann aber kontraproduktiv sein, d.h. die Verbreitung verhindern).

5. Was soll mit dem Geld gemacht werden? • Eichel/Schröder: vollständig für Schul-

von Steuern finanziert, würden dann an die Lizenzinhaber gerichtet, die diese Forderungen aus Geschäftserlösen bestreiten würden, d.h. durch diejenigen, die UMTS-Anschlüsse brauchen. Allgemein wird angenommen, dass die Neuerung die Produktivität am Wirtschaftsstandort positiv beeinflusst, ganz ähnlich wie ein gutes Straßennetz, gute Schulen usw. Wenn der Staat billiger wird und das Bruttosozialprodukt steigt, ja gibt's da überhaupt noch was Besseres?

Wo liegen Probleme?

Falls die Strahlung nicht verträglich ist, gibt es ein Desaster. Aber davon einmal abgesehen: Die komplette Veräußerung der Rechte auf zwanzig Jahre hat die Gestaltungsmöglichkeiten für das neue Medium auf ein Kartell von 6 Anbietern übertragen. Wird der UMTS-Anschluss für das tägliche Leben so nötig, wie es bei Funk, Fernsehen und Telefon gewesen ist, regeln von Privaten kalkulierte Preise den Zugang für Anbieter und Nutzer. Wer hier eine Absicht medialer Spaltung der Gesellschaft vermutet, sieht nicht schwarz, sondern klar. Auch wirtschaftspolitisch hätte man vertreten können, die Lizzenzen mit einem Einmalbetrag und Staats-Beteiligung an den Einnahmen anzubieten. Denn was ist, wenn sich herausstellt, dass UMTS die Erwartungen nicht erfüllt? Die Lizenzinhaber würden sich bei den herkömmlichen Telefonaten schadlos halten. Falls UMTS aber schwer einschlägt, wird ein Kartell von nur 6 Lizenzträgern das Publikum zahlen lehren.

Übrig bleibt, dass die Regierung die Öffentlichkeit durch den Glanz großen Geldes geblendet, durch die Hoffnung auf Verbilligung des Staates geködert und so um die Chance gebracht hat, das mit der neuen Technologie verbundene öffentlich-rechtliche Anliegen auch nur zu diskutieren.

maf, wob

denabbau, nur die Zinsersparnis (4-5 Mrd. DM jährlich) für zusätzliche Investitionen in Bildung, Verkehrsinfrastruktur und Wärmedämmung von Gebäuden; laut SZ: rund 30 Mrd. Euro für die Rückzahlung einer Langfristanleihe von 1990 aus dem Ausgleichsfonds Währungsunion, evtl. weniger Neuemissionen (breite Unterstützung für Schuldenabbau in der öffentlichen Debatte) • Länder und Gemeinden wollen an Einnahme beteiligt werden, um die Ausfälle an Gewerbesteuer und Körperschaftssteuer zu kompensieren. Vorschlag Faltthauser: Tilgung des Fonds „Deutsche Einheit“ in Höhe von 78 Milliarden DM, dies würde auch Länder und Gemeinden entlasten (bis 2004 jedoch nur die alten Bundesländer, die neuen müssen sich erst ab 2005 an der Tilgung dieses Fonds beteiligen) • Dagegen wird argumentiert: Länder haben in den letzten Jahren das finanzpolitische Feld erobert, deshalb keine Beteiligung der Länder nötig.

Kolumbien

Der Plan Colombia und seine Kritiker

(*alai-Poonal*). Die kolumbianische Regierung des Präsidenten Pastrana hat mit dem Einverständnis Washingtons den „Plan Colombia“ in Gang gesetzt, ein Hilfsprogramm von mehreren Milliarden Dollar, finanziert von den USA und der Europäischen Union. Der US-Kongress bewilligte 1,3 Mrd. \$, größtenteils Militär- und Polizeihilfe, während Europa mehr als 2,5 Mrd. \$ an sozioökonomischer Hilfe stellen wird.

Während sich die Popularität Pastranas auf dem Tiefpunkt befindet und seine Regierung mit wachsender Kritik der internationalen Kommissionen konfrontiert wird, die die Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien untersuchen, flog Javier Solana kürzlich nach Bogota, um den „Plan Colombia“ und die Absicht Washingtons, das Land weiter zu militarisieren, abzusegnen. Die Verbindungen zwischen der Unterstützung Solanas für die Militärintervention Washingtons in Jugoslawien und sein Aufstieg zum „Mister GASP“ der Europäischen Union sind offensichtlich. Wie es ein hoher US-Funktionär in Washington unterstrich, „ist Solana unser Mann in Brüssel“.

Die Geschichte früherer US-Militärprogramme in Zentralamerika legt einige Leitlinien der zerstörerischern, breit angelegten Intervention offen. In Zentralamerika schüttete Washington mehr als 15 Milliarden Dollar für Militärhilfe an die paramilitärischen Contras in Nicaragua sowie an die guatemaltekische und salvadoreanische Armee aus, die mehr als 75.000 Salvadoreaner, 50.000 Nicaraguaner und 200.000 Guatimalteken umbrachten. Später wurden diese verwüsteten Länder mit den sogenannten Friedensabkommen zum Paradies für Spekulanten, die Klein-Bauern blieben ohne Land. Diejenigen, die die Menschenrechte niederwalzten, blieben an der Macht, und die Oligarchien forderten – von Miami aus – ihren Besitz zurück.

Die ehemaligen Guerillakommandanten passten sich ohne größere Anstrengung ihren neuen Posten in den Parlamenten an, einigten sich mit den Politikern der Rechten, genehmigen sich ansehnliche Gehälter und leben geschützt von Stacheldraht und hohen Mauern in ihren Villen, während die unteren Bevölkerungsschichten den Wahlprozessen fernbleiben, so wie mehr als 65% der Stimmberechtigten bei den jüngsten Wahlen in El Salvador. Die in Zentralamerika angewandte Strategie des zerstörenden Krieges und Friedensabkommen mit Guerilla-Organisationen, die den neoliberalen Status Quo schützen, das ist das strategische Ziel Washingtons hinter einem Friedensabkommen für Kolumbien.

Einziges Problem: Die wichtigste Guerillagruppe, die Revolutionären Streit-

kräfte Kolumbiens (FARC), ist kein dienstfertiger Partner in einer von Washington orquestrierten „zentralamerikanischen“ Lösung. Erstens weil die FARC die sozioökonomischen Themen, darunter die Agrarreform und der Wohlfahrtsstaat, ins Zentrum ihres Verhandlungsprogramms gerückt haben. Zweitens haben die FARC bereits die Erfahrung eines gescheiterten Friedensabkommens 1984 bis 1990 gemacht, als über 5.000 Mitglieder und drei Präsidentschaftskandidaten der linken Wahlplattform Patriotische Union, die von den FARC unterstützt wurde, ermordet wurden, als sie sich an der Politik des Urnengangs beteiligten.

In einer Antwort auf den erdrückenden Kolumbien-Plan der USA haben die FARC die entmilitarisierte Region, in der die Friedensverhandlungen abgehalten werden, in ein beispielloses öffentliches Forum verwandelt. Dessen Ziel ist es, die großen sozioökonomischen, politischen und kulturellen Fragen zu debattieren, die niemals im kolumbianischen Parlament erörtert werden. Im Juli haben die FARC eine umfassende Diskussion über „Alternativen zum verbotenen Anbau“ der Koka-Pflanze eröffnet. Mehr als 1000 Teilnehmer erarbeiteten eine breite Palette von Vorschlägen. Die Antwort von Clinton und Pastrana bestand darin, den Gebrauch tödlicher Herbizide zu intensivieren, die nicht nur die Koka-Pflanzungen, sondern auch viele Nährpflanzen zerstören. Das hat unter den empörten Bauern eine neue Sympathiewelle für die Guerilla ausgelöst. Die Foren der FARC haben Gewerkschafts- und Bauernvertreter angezogen, Investmentbanker von der Wall Street, Diplomaten aus Brüssel sowie ein Heer von Journalisten aus allen Ecken der Welt.

Die FARC haben also eine Antwort mit politischem Charakter gegeben, die international wie lokal den breiten Zuspruch der Bevölkerung findet.

Der Dialog, den die FARC in der entmilitarisierten Zone mit der zivilen Gesellschaft eröffneten, könnte als Modell für ein zukünftiges demokratisches Kolumbien dienen. In den Orten, die unter dem Einfluss der FARC stehen, erpressen die Behörden nicht weiter die kleinen Unternehmer, der Verkauf von Drogen ist verboten. Der Dialog und die offene Debatte, auf die sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen in Kolumbien eingelassen haben, räumt mit dem von Washington lancierten diabolischen Image der FARC als einer stalinistischen, militaristischen Organisation auf. Eines der großen Paradoxen ist, dass in dem Maß, in dem die FARC sich zu einem umfassenden politischen Dialog anschicken, öffentlich auf den FARC-Foren neue Alternativen zum Neoliberalismus und der Hegemonie der Vereinigten Staaten debattiert werden und diese Ideen sich in ganz Kolumbien verbreiten, Pastrana und Washington die Militarisierung der öffentlichen Politik beschleunigen. *James Petras (stark gekürzt)*

(James Petras ist Professor für Soziologie an der Universität von Binghamton (SUNY), New York)

Kosovo: Kommunal- wahlen im Nato- Protektorat eine Farce

Trotz internationaler Bedenken und eines kollektiven Wahlboykotts der ethnischen Minderheiten wurde von Bernard Kouchner, umstrittener Chef der UN-Zivilverwaltung im Kosovo, der Termin für die Kommunalwahlen im Kosovo festgelegt. Bis zum 28. Oktober steht dem Kosovo ein heißer Herbst ins Haus. Am letzten Samstag des Monats sollen die Mitglieder von 30 Gemeinde- und Stadträten bestimmt werden. 19 Parteien, zwei

Streitigkeiten zu schlichten, vermehrt beim Umgang der Parteien untereinander zur Anwendung kommen. Diese Parteien sind in den letzten Wochen wie Pilze aus dem Boden geschossen. Die Parteien sind dabei lediglich Aushängeschilder für bessere politische Einflussnahme zwecks Profitmaximierung in den gängigen UCK-Geschäften. Mal stecken Drogen- und Waffenhändler dahinter, mal Zuhälter und brutale Geschäftsmacher aus dem Handel mit osteuropäischen Sexsklavinnen. Andere, mehr radikalnationalistisch als kriminell orientierte UCK-Gruppen wollen ihre mit NATO-Hilfe gewonnenen Positionen ausbauen, vor allem aber für sich das den Serben und anderen Minderheiten geraubte Eigentum sichern.

Zwei hochrangige Mitglieder der



Wahlen im Kosovo. Bombenanschlag auf Parteibüros in Kosovos Hauptstadt Pristina. In dem Gebäude befindet sich u.a. ein Büro der türkischen Volkspartei. Möglicherweise galt ihr der Anschlag. Die Regierung in Belgrad protestierte ebenfalls wegen des Anschlags, weil sich auch ein Büro des jugoslawischen Komitees in dem Gebäude befindet. (Bildquelle: ND)

Wahlbündnisse, drei Bürgerinitiativen und 15 sogenannte unabhängige Kandidaten treten bei dem von der OSZE inszenierten Schauspiel gegeneinander an. Durch die Bank spielen in dem Ensemble allerdings bis auf wenige Ausnahmen nur Albaner mit. Serben sowie Sinti und Roma wollen der Aufführung fernbleiben, sie tauchen auf den Wählerlisten nicht auf.

Unter den Albanern hat seit Bekanntwerden des Wahltermins ein mörderischer Kampf um die besten Plätze stattgefunden. Seit Wochen jagt ein Attentat das nächste. Zunächst waren es vor allem Mitglieder der als gemäßigt geltenen Partei des Ibrahim Rugova DLK, die auf der Abschussliste standen, nun wird innerhalb der zerfallenen UCK das Feld geräumt. Interne Rivalitäten haben bereits 23 bekannte UCK-Leuten das Leben gekostet. Mit zunehmender Schärfe der Auseinandersetzungen der UCK-Parteien um die politische Macht dürfen auch die alten Methoden der UCK,

„Partei des Demokratischen Wohlstands für Kosova“ (PDWK) des Hashim Thaci, Chef der nach NATO-Lesart nicht mehr existierenden UCK, haben die PDWK verlassen, um ihre eigenen Parteien zu gründen. Es handelt sich dabei um Ramush Haradinaj und Naim Maloku, beide Kommandeure der UCK.

Ramush Haradinaj hat im Mai die Partei „Allianz für die Zukunft des Kosovo“ gegründet. Mitte Juli war er bei einem Versuch, ein Mitglied eines rivalisierenden Klans zu kidnappen, bei einer Schießerei verwundet worden. Er kam daraufhin in das US-Army-Krankenhaus im bayerischen Landshut, wohin ihn seine fürsorglichen amerikanischen Freunde zu einer schwierigen Operation ausgeflogen hatten. Seine Allianz vereint verschiedene kleinere Parteien mit unterschiedlichem UCK-Hintergrund

Die neue Partei des UCK-Kommandeurs Maloku, die „Liberale Zentrumspartei des Kosovo“ (LZPK), gebärdet sich „moderater“ als Thacis Partei. Hin-

ter Maloku soll Bujar Bukoshi stehen, der in West- und Nordeuropa für einen mit Thaci rivalisierenden Arm der UCK Spenden gesammelt hat. Bukoshi soll nach Schätzungen immer noch über Hunderte Millionen Dollar verfügen. Maloku hatte während der Krieges versucht, Bukoshi der Thaci-UCK näher zu bringen. Bukoshi indes ist ehemaliges Mitglied von Ibrahim Rugovas Partei, die die Sezession ohne Krieg anstrebt. Auf enttäuschte ehemalige Anhänger der Rugova-Partei zielt Maloku hauptsächlich ab. Fadil Hysaj, ein Mitbegründer der Rugova-Partei LDK, und Milazim Krasniqi, ein ehemaliger Sprecher der LDK, haben in den vergangenen Monaten Rugova öffentlich kritisiert. Es wird erwartet, dass sie in die neue Maloku-Partei überwechseln. Das wäre die erste schwere Abspaltung innerhalb Rugovas Partei seit ihrer Gründung vor zehn Jahren. Der Abgang des anderen UCK-Kommandeurs, Ramush Hajradinajs, trifft Hashim Thacis Partei besonders hart, denn unter den kosovo-albanischen Serbenhassern ist Hajradinajs beliebt. Mit etwas Geschick könnte Thaci dies jedoch zu seinem Vorteil gestalten, meinte ein Beamter der UNMIK: „Wenn Thaci clever ist, dann wird er das negative Image der UCK auf Hajradinajs abladen, der bei den Internationalen als besonders radikal bekannt ist.“

Der übergroße Teil der serbischen Bevölkerungsminderheit im Kosovo hat die Wählerregistrierung boykottiert.

Der kosovo-albanische Nationalstaat im Aufbau gewährt SerbInnen und anderen Minderheiten wie den Roma keine Bewegungsfreiheit, sie bleiben in wenige Enklaven eingesperrt. Unter den gegebenen Umständen drohen die vom UN-Verwalter Bernard Kouchner organisierten Wahlen die ethnische Teilung der Provinz weiter zu festigen. Das scheint den Franzosen nicht zu stören. „Es tut mir Leid für sie“, kommentierte Kouchner den Boykott der Serben. Wegen der permanenten Angriffe auf die serbische Minorität hat Médecins Sans Frontières die Arbeit in drei Enklaven im Nordkosovo unterbrochen. Die Organisation warf UN und Nato vor, SerbInnen nicht ausreichend zu schützen.

Solange die Frage nach Rückkehr der Vertriebenen nicht geklärt ist und Sicherheit in der Provinz an der ethnischen Herkunft oder der Muttersprache ihre Grenzen findet, ist der Urnengang tatsächlich nicht mehr als eine Farce. Doch: Die Wahlen werden die Forderung nach „Unabhängigkeit“ für das Kosovo untermauern. Schließlich sind die Repräsentanten der Albaner dann gewählt - frei, demokratisch und fair, noch dazu von der OSZE überwacht. Der serbische Wahlboykott freilich wirft einen kleinen Schatten auf das große Spektakel. Wer nicht kommt, hat Pech und kein Recht sich zu beschweren, tönt es aus den UN-MIK-Büros in Pristina.

hav



Der jüngste Bericht des UNO-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag enthält Zündstoff: Danach nämlich sollen vor Beginn des NATO-Einsatzes gegen Jugoslawien im Frühjahr vergangenen Jahres höchstens 3.000 Kosovo-Albaner von den Serben im Zuge der damals so benannten „ethnischen Säuberungen“ getötet worden sein. Die NATO war seinerzeit von einer weit höheren Zahl von Todesopfern ausgegangen - von etwa 10.000 Getöteten war die Rede. Ein Sprecher des westlichen Verteidigungsbündnisses hat mittlerweile zugegeben, dass die damals genannte Zahl wohl falsch gewesen sei - ein Eingeständnis, das die NATO und die für den Einsatz verantwortlichen Politiker im Westen in immer stärkere Erklärungsnot bringt. Bild: Chefanklägerin Carla del Ponte (rechts) bei der Arbeit - Öffnung eines Massengrabs (Quelle: ND)

Österreich: Heftige Debatte um Aufhebung von Benesch-Dekreten und AVNOJ-Beschlüssen

Mit einer massiven Kampagne versucht die FPÖ erneut Stimmung zu machen gegen Slowenien und Tschechien. Mit der Forderung nach Aufhebung der genannten Beschlüsse steht die FPÖ nicht alleine da. Die Regierung vollzieht zwar einen Eiertanz, bläst aber von der Tendenz ins selbe Horn. Ähnlich wie die Benesch-Dekrete sind die AVNOJ-Beschlüsse unmittelbar aus dem Kampf gegen die deutschen Faschisten in Jugoslawien entstanden. Die FPÖ fordert, die Aufhebung dieser Gesetze müsse als Voraussetzung für die Verhandlungen Tschechiens und Sloweniens über einen Beitritt zur EU deklariert werden. Die ÖVP ist in der Sache einverstanden, nicht aber in der Methodik. Seit Jahren fordert auch sie die Aufhebung der Gesetze – präzise: jener Gesetzesartikel, die die Enteignung und Vertreibung der deutschen Bevölkerung unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg rechtfertigen –, will aber das Problem bilateral behandeln und nicht mit den EU-Beitrittsverhandlungen koppeln. Mehrere Landtage oder Landesregierungen haben im Laufe der letzten zwei Jahre die Regierung aufgefordert, auf die Aufhebung der Dekrete in Tschechien und Slowenien zu drängen: 1998 Kärnten und Oberösterreich, im Vorjahr Niederösterreich und Salzburg, schließlich Vorarlberg. Im Mai 1999 fassten mehrere im Nationalrat vertretene Parteien – SPÖ, ÖVP und LIF – einen gemeinsamen Entschließungsantrag, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, sich im Rahmen der EU für die Aufhebung der Gesetze einzusetzen. (Quelle: Die Presse 24.8.)

Italiens Rechtsextreme planen Treffen in Triest

Die rechtsextreme Partei „Forza Nuova“ (Neue Kraft) plant im November in Triest eine Versammlung befreundeter Bewegungen wie der deutschen NPD und anderer Gruppen aus Österreich und Rumänien. „Wir wollen eine Demonstration für das Mitteleuropa der Völker gegen das Europa der Globalisierung und des Euro organisieren“, so der Verantwortliche der Forza Nuova in der Region Friaul Julisch Venetien, Fabio Bellani. Die Anwesenheit einer Delegation der NPD sei kein Problem. „Wir pflegen enge Kontakte mit der NPD. Oft nehmen wir an ihren Initiativen teil“, betonte Bellani. Forza Nuova hat in den vergangenen Monaten in mehreren italienischen Städten Solidaritätskundgebungen für den Kärntner Landeshauptmann und Ex-FPÖ-Chef Jörg Haider organisiert. Sie entstand zu Beginn der 90er-Jahre und zählt etwa 10.000 Anhänger. Anlässlich der Gay-Parade am 8.7. in Rom führte sie eine scharfe Kampagne gegen Homosexuelle. In Rom sind v.a. Skinheads aktiv. In den vergangenen Monaten attackierten sie mehrmals Unterkünfte von Roma oder kleinere Gruppen von Ausländern. (Quelle: Salzburger Nachr., 23.8.)

Ungarn: Sprecher der Arbeiterpartei zur Lage

Eine der Nachfolgerparteien der MSZMP, der damaligen Staatspartei der Kádár-Ära, ist die Munkáspárt (Arbeiterpartei), die seit ihrer Gründung Ende 1989 von Gyula Thürmer geleitet wird. Der Partei gelang bei den bisherigen drei Parlamentswahlen seit der Wende nicht ein ein-

ziges Mal, ins Parlament zu kommen. Sie erzielte jedes Mal ein Ergebnis von 3-4 %. Kürzlich fasste Gyula Thürmer in einem Interview mit der *Budapester Zeitung* die Positionen der Arbeiterpartei wie folgt zusammen:

„Die Arbeiterpartei kam bei den letzten Wahlen 1998 auf 4 % und ist damit die größte ungarische Partei außerhalb des Parlaments. Dabei platziert sie sich auf der linken Seite der politischen Palette. Im westeuropäischen Vergleich steht sie vielleicht der deutschen PDS, der italienischen Rifondazione oder der schwedischen Linken Partei am nächsten. Die Arbeiterpartei wurde in Ungarn gegründet, ist hier tätig und ist eine typisch ungarische Partei, trägt aber auch alle Entwicklungskarakteristika der westeuropäischen Linken. Wir haben zur Zeit 16.000 Parteimitglieder und geben eine Wochenzeitung heraus, die in 15.000-16.000 Exemplaren erscheint (*Szabadság/Freiheit* – Red.). Landesweit stellen wir z.Zt. 15 Bürgermeister und 300 Abgeordnete in den Stadtverwaltungen. Ich glaube, dass wir bei den nächsten Parlamentswahlen mit guten Chancen in den Ring gehen werden. (...) Die Arbeiterpartei ist eine moderne, sozialistisch-kommunistische Partei. Wir glauben weiterhin, dass die Zukunft einer Gesellschaft gehört, in der die Produktionsmittel, die Betriebe und noch vieles mehr im Besitz der Gesellschaft und nicht im Besitz einzelner Personen stehen. Aber wir wissen alle, dass dies das Bild einer sehr fernen Zukunft ist, obwohl wir dieses Zukunftsbild auch jetzt nicht aufgeben! Eine andere Frage ist die Realität der Gegenwart oder der kommenden 15-20 Jahre. Was sieht man jetzt? Der Großteil der ungarischen Wirtschaft ging in ausländischen Besitz über, und zwar in einer Weise, die der ungarischen Gesellschaft nur einen sehr geringen Nutzen bringt. Die Kette Julius Meinl kaufte beispielsweise viele der ungarischen Lebensmittelgeschäfte auf. Danach stellte sich jedoch heraus, dass Julius Meinl gar keine so starke Gruppe ist – auch in Österreich musste sie nach und nach ihre Geschäfte schließen. Der gleiche Fall gilt für Kleider Bauer. Investoren kaufen, was sie ergattern können, um dann schon wieder an den nächsten Käufer mit Gewinn zu verscherbeln. Wir möchten aber, dass die ungarische Wirtschaft blüht. Darum sagen wir, dass die strategischen Gebiete – u.a. der Verkehr, die Bergwerke oder die Elektrizitätsversorgung – künftig nicht mehr in ausländischen Besitz gelangen dürfen. Und wo sich dazu die Möglichkeit bietet, muss eine Wiederverstaatlichung vollzogen werden. Die Autobahnen wurden wieder verstaatlicht, und doch stürzte die Welt nicht ein. (...) Und der ungarische Staat beabsichtigt heute, einen Teil der Mol Rt. (Ölkonzern) zurück in staatlichen Besitz zu nehmen. Die vergangenen zehn Jahre haben eindeutig bewiesen: Privatbesitz garantiert noch längst nicht, dass etwas auch gut funktioniert ...“ (Quelle: *Budapester Zeitung* 14.8.2000)

FRANKFURT/MAIN. 200 ehemalige Zwangsarbeiter, Überlebende aus Konzentrationslagern, kritische Aktionäre und Mitglieder antifaschistischer Gruppen demonstrierten am 23. August bei der Jahreshauptversammlung der IG Farben i.A. für die sofortige Auflösung des Nazi-Konzerns und die Entschädigung der Opfer. Auf der Versammlung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, als Julius Jäger von der „Vereinigten Rechten“ das Podium betrat und von „Getue um ehemalige NS-Zwangsarbeiter“ redete. Liquidator Volker Pollehn teilte mit, dass der endgültigen Auflösung des Unternehmens, das noch immer an den Börsen geführt wird, rechtliche Gründe entgegenstünden. Es sei noch nicht absehbar, wann es zur „Schlussverteilung“ komme, das Tempo der Abwicklung sei aber „erheblich beschleunigt“ worden. Auch die Ablehnung der Beteiligung an dem Fonds zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter begründete er mit „nicht befriedigend gelösten Rechtsfragen“. Die Aktionäre beschlossen stattdessen die Bildung eines eigenen Entschädigungsfonds mit 500.000 Mark. Noch vor einem Jahr war von mindestens drei Millionen Mark Startkapital die Rede. Bundestagsabgeordnete sämtlicher Parteien und auch der Sprecher der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft kritisierten diese Entscheidung. Hans-Christian Ströbele, MdB B90/Die Grünen, kennzeichnete sie als „pures Ablenkungsmanöver“. bz, frr, jw



CDA-Aktionen im Oldenburger Land gegen die Homo-Ehe

OLDENBURG. Die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) Oldenburg will Anfang September um die 100.000 Postkarten an die neun Kreisverbände der CDU im Oldenburger Land verschicken, um sie gegen gegen die gesetzliche Absicherung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften zu mobilisieren. Probleme hat sie dabei mit dem Oldenburger CDU-Vorsitzenden Lutz Stratmann, der in dieser Unterschriften-Kampagne eine Gefahr der Diskriminierung sieht. In Wildeshausen gingen erste CDA-Aktionen gegen die Homo-Ehe gründlich schief. Zwar hatte die CDA vor einigen Wochen in ein paar Stunden schon 200 Unterschriften an einem Stand eingesammelt, aber die Aktion musste vorzeitig beendet werden. CDU-Ortsvorsitzende Hanns-Henning Sturm dazu: Die Kampagne sei in der Öffentlichkeit „falsch rübergekommen – als ob wir was gegen Homosexuelle hätten“. Es sei ihnen ja nur um den Schutz der Ehe gegangen. Daher arbeitet die CDA jetzt bei ihrer Oldenburger Kampagne verstärkt mit diesem Begriff. Der schwul-lesbische Verein LuST hat nun zunächst Briefe an sämtliche betroffenen CDU-Kreisverbände geschickt, um sie in die direkte Auseinandersetzung zu bringen. Weitere Aktionen will er von den Reaktionen abhängig machen. taz, 16.8. – www.lsvd.de

Demonstrationen gegen Rechts- extremismus und Rassismus

EISENACH, HAMBURG, ROSTOCK. Im thüringischen Eisenach versammelten sich eine Woche nach dem faschistischen Bombenanschlag auf einen Döner-Imbiss rund 350 Menschen gegen rechte Gewalt. Auf der Kundgebung sprachen VertreterInnen aller Parteien, darunter OB

Schneider (CDU) und Heiko Gentzel (MdL SPD) sowie der stellv. TLZ-Chefredakteur Hartmut Kaczmarek. Ein Vertreter der Flüchtlingsorganisation The Voice aus Jena kritisierte in seinem Redebitrag die staatliche Flüchtlingspolitik. Das breite Bündnis aus Flüchtlingen, autonomen AntifaschistInnen, Gewerkschaften und Parteien (CDU, SPD, B90/Die Grünen, PDS, MLPD) betonte, es gelte auch in Zukunft, über ideologische Grenzen hinweg solche Bündnisse zu schmieden; besonders sei die Positionierung des Oberbürgermeisters erfreulich, bei vergangenen Kundgebungen in Eisenach fehlte hier eine politische Stellungnahme.

Auch an der Kundgebung am 19.8. in Hamburg (*Bild*) war ein breites Spektrum vertreten, hier beteiligten sich ca. 3000 Menschen. Das Bundesverfassungsgericht hob das Verbot des Nazi-Aufmarsches für den 20.8. auf. So konnte die NPD unter Polizeischutz vor dem Springer-Gebäude ihre Kundgebung abhalten. Rund 1500 Menschen versammelten sich erneut dagegen, darunter vergleichsweise viele aus dem Gewerkschaftsspektrum.

In Rostock kamen am gleichen Wochenende 1000 Menschen zu einer Demonstration des Aktionsbündnisses „Bunt gegen Braun“ zusammen.



Selbstbestimmung statt Ausgrenzung – Demonstration am 9. Sept.

EMMERICH. Die „junge linke wesel“ ruft am 9. September zur Demonstration gegen Entmündigung und Diskriminierung der Flüchtlinge auf. Seit Mitte Juni bekommen Flüchtlinge in Emmerich ihre Nahrungsmittel in Form von Lebensmittelpaketen zugewiesen. Faktisch bedeutet das, dass ihnen eigenständiges Einkaufen untersagt wird, da die lediglich 80 DM (Taschengeld) pro Person im Monat für den Lebensunterhalt nicht einmal ansatzweise ausreichen. Der Bürgermeister von Emmerich, Horst Bloch, bediente sich in einem NRZ-Interview beliebter Vorurteile gegen Flüchtlinge, als er behauptete, sie hätten durch die Pakete nun nicht mehr so viel Geld zum „Verzocken“. Mit der Demonstration soll Druck auf die Stadt ausgeübt werden, wieder Gutscheine bzw. Geld statt Essenspakete einzuführen, wie dies schon in einigen Gemeinden gelungen ist. Außerdem richtet sie sich gegen den Rassismus, der sich in Äußerungen wie die des Bürgermeisters, in Behördenwillkür, Behandlung als Menschen zweiter Klasse, Abschiebungen und rassistische Kampagnen etablierter Parteien ausdrückt und schließlich Scharfmacher für rassistische Schlägertrupps ermutigt. Treffpunkt ist um 13 Uhr am Emmericher Hof.

www.jungdemokratinnen.de

Scheinheilige Distanzierung des BdV vom Rechtsextremismus

HANNOVER. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen und Antifaschisten (VVN-BdA) kritisiert die nur scheinheilige Distanzierung des Bundes der Vertriebenen (BdV) vom Rechtsextremismus:

Die wiedergewählte Vorsitzende des

Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, erklärte in ihrer Antrittsrede, dass in den „Verbänden der Vertriebenen bis heute Extremismus und antidemokratische Haltung keinen Platz gefunden hätten“. Diese wünschenwerte Haltung lässt sich jedoch klar widerlegen, wenn man einen Blick in den ebenfalls neu gewählten Vorstand dieses Bundes wirft: Dort findet sich der Name Paul Latussek in der Funktion als Vizepräsident. Eben dieser machte Schlagzeilen, als er bei einer thüringischen Landtagssitzung am 16. Mai 2000 ein zweiseitiges Flugblatt verteilt. Dort warf er den Nachbarländern Polen und Tschechien „die Misshandlung von Kindern und Jugendlichen bei der Zwangspolnisierung und Zwangstschechisierung“ vor und beschreibt den angeblichen „Völkermord an ostdeutschen Stämmen“. – Ein weiteres Indiz mangelnder Glaubwürdigkeit zeigt sich am Beispiel der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO), die – erst 1991 gegründet – gleich zu Beginn ihrer Existenz zusammen mit Rep-Chef Schönhuber gegen den „alliierten Bombenterror wider dem deutschen Volke“ polterte. In der jüngsten Vergangenheit marschierte diese Organisation gemeinsam mit der NPD und der DVU. Nun möchte Frau Steinbach der SPD und den Grünen die Hand reichen – dabei stört die Jungfaschisten-truppe natürlich im Ansehen. Kurzerhand trennte man sich von ihr – offiziell. Tatsächlich ist die JLO auf der Jugendebene des BdV, in der AG Junge Generation im BdV, weiterhin aktiv. Ein Ausschlussantrag scheiterte. Selbst wenn der Ausschluss doch noch vollzogen werden sollte, sind die Weichen für weiteres Mitwirken gestellt. Die neue Jugendorganisation – der „Bund Junges Ostpreußen“ – ist bereits eingeführt. Gründungsmitglied Bernhard Knappestein war bis dato der Vorsitzende der JLO. So wird unter neuem Namen die alte Politik fortgeführt.

www.vvn-bda.de



EU-Patentrichtlinie nicht umsetzen!

BERLIN. 7500 Einsprüche gegen das Embryo-Patent übergab Greenpeace dem europäischen Patentamt. Kurz darauf wird ein Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums bekannt, das Patente auf Leben zulässt. Greenpeace hat diesen Schritt als vorauselenden Gehorsam kritisiert und fordert einen Stopps des Ausverkaufs von Mensch und Natur an die Gen-Konzerne. Sie rufen zu Protest-Mails an die Abgeordneten auf. Als Formulierungshilfe gibt es einen Musterbrief als Datei.

www.greenpeace.de

fzs-Erklärung anlässlich des Mexiko-Nationentags auf der EXPO 2000

BONN. Am 20.8. fand der Mexiko-Nationentag auf der Expo statt. Der *freie Zusammenschluß von studentInnen schaf-ten* (fzs) nahm dies zum Anlass, auf die repressive Politik gegen mexikanische Studierende hinzuweisen. „Besonders die indigene Bevölkerung des Bundesstaates Chiapas und auch die StudentInnen der größten lateinamerikanischen Universität UNAM (Mexiko Stadt) leiden unter staatlichen Repressionen.“ 10 Monate hatten mexikanische StudentInnen gestreikt, um die Einführung von Studiengebühren und die damit einhergehende Privatisierung von Bildung zu verhindern, was ihnen schließlich auch gelang. Doch auf 1000 von ihnen warten nun langwierige und kostspielige Prozesse. Der fzs ruft zur solidarischen Unterstützung auf.

www.pbjacon.de

Volksbegehren für ein Musikschulgesetz gescheitert

POTSDAM. Das Volksbegehren für ein Musikschulgesetz in Brandenburg ist deutlich gescheitert. Statt der erforderlichen 80.000 Unterschriften erreichte die Initiative lediglich 20.772 gültige Stimmen. Bisher sind alle brandenburgischen Volksbegehren an dieser Hürde gescheitert. Trotzdem zeigten sich die Initiatoren zufrieden, weil der Landtag derzeit einen Gesetzentwurf behandelt, der wesentliche Forderungen des Volksbegehrens übernimmt.

www.mehr-demokratie.de

Berliner Republik – Geschichtsrevisionismus – neue Normalität

SCHIERKE/HARZ. Der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler führt vom 21. bis 24. September in Schierke/Harz eine Tagung durch. Diskutiert werden die folgenden Themen:

- Nolte – Bitburg – Walser: Stationen des Geschichtsrevisionismus und Wahrnehmungsveränderungen der Öffentlichkeit
- Geschichtspolitik und Intelligenzpolitik in der Berliner Republik • Neomilitarismus, begründet aus dem Geiste der 68er Moral • Neue Tendenzen der symbolisch-kulturellen und diskurspolitischen Inszenierung von Macht und Normalität • Der moderne Rechtspopulismus am Beispiel der FPÖ.

Als Referenten haben bisher zugesagt: Prod. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Johannes Klotz, Paul Schäfer, Gerd Wiegel, M.A.

www.bdwi.org/aktuell.htm

Hungerstreik wegen Zwangsabschlusses an Abwasseranlage beendet

Fünf Frauen der Brandenburgischen Gemeinde Briesensee beendeten nach drei Wochen einen Hungerstreik, den sie aus Protest gegen einen Zwangsabschluss an eine teure, zentrale Abwasseranlage

durchführten. Angetreten hatte den Hungerstreik die ehemalige ehrenamtliche Bürgermeisterin Doris Groger. Der Gemeinde wurden Zahlen für den Anschluss vorgegaukelt, die der Realität nicht entsprachen. Nachdem im Ort bekannt wurde, dass pro Einwohner 5000 DM zu zahlen sind, forderte die Gemeinde Aufklärung. Die Proteste der Einwohner scheiterten immer wieder an der sturen bürokratischen Haltung des Amtsdirektors des Kreises Oberspree. Der Versuch, den Protest und den später folgenden Hungerstreik zu diskreditieren, scheiterte an der solidarischen Haltung weiterer Bürgerinitiativen, die sich in anderen Gemeinden bildeten. Im Hintergrund der Auseinandersetzung stand der Kampf der Kommune gegen die Interessen der Berliner Wasserwerke, die von französischen und amerikanischen Unternehmen dominiert werden.

Kritik an Sachsens Justizminister verschärft sich

Der Justizminister des Freistaates Sachsen, Steffen Heitmann (CDU), hat sich regelmäßig über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen berichten lassen und diese auch weitergegeben. Der Datenschutzbeauftragte des Landes stellte fest, dass sich Heitmann über ein Ermittlungsverfahren informieren ließ, die er einem Parteifreund kurz vor einem CDU-Parteitag weiterreichte. Der Datenschutzbeauftragte stellte weiter fest, dass unter Umgehung des Dienstweges regelmäßig Berichte angefordert wurden. Es wurden interne Personalvermerke über Richter und Staatsanwälte festgestellt. Ermittlungen gegen den ehemalige Innenminister Eggert seien nach einem Anruf eingestellt worden. Neue Richtlinien zur Berichtspflicht sind inzwischen erlassen worden. Weitere Aufklärung zu den Akten!

abe

Demonstration gegen Umbau einer Brücke zur Castor-Tauglichkeit

SEERAU/WENDLAND. „Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie eine für den normalen Zugverkehr benutzbare Brücke in eine CASTOR-taugliche Brücke umgebaut wird.“ Mehr als 200 Menschen – zur Hälfte aus dem Wendland, zur anderen Hälfte grundgekleidete „Zugereiste“ aus Braunschweig und Lüneburg – hatten sich am 12. August versammelt, um ihren Protest gegen einen Umbau der 100 Jahre alten Eisenbahnbrücke über die Jeetzel nahe Seerau/Hitzacker zu verdeutlichen (Bild). Eine Initiative pro Denkmalschutz wurde ins Leben gerufen.

www.oneworldweb.de



Kommunale Kampagne gegen Kinderarmut

Zum Hintergrund: bundesweite Kampagne

Im September 1999 trommelte die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) VertreterInnen verschiedener Organisationen und Verbände zusammen, um gemeinsam eine Kampagne zur Verbesserung der Lage sozialhilfebeziehender Kinder ins Leben zu rufen.

Der ins Auge springende Anlass für diese Einladung der BAG-SHI war die Tatsache, dass zwar das Kindergeld in den letzten Jahren recht drastisch erhöht worden war (von 70 Mark im Jahre 1995 auf 200 Mark im Jahre 1999), dass aber diese Erhöhungen durch die volle Anrechnung des Kindergelds auf die Sozialhilfe genau an denjenigen vorbeigegangen waren, die sie am dringendsten benötigten: nämlich an armen Kindern.

Schon seit Jahren hatte es einzelne Bemühungen gegeben, das Kindergeld nicht anrechnen zu lassen, z.B. Klagen einzelner Mitstreiterinnen aus Sozialhilfeinitiativen. Diese blieben bislang leider erfolglos oder befinden sich noch auf dem Instanzenweg.

Als das Bundesverfassungsgericht im November 1998 ein Urteil fällte, das zu weiteren Erhöhungen des Kindergelds führen müsste – wiederum ohne dass arme Kinder daran teilhaben würden –, war das Maß voll. Die BAG-SHI holte sich „Verstärkung“.

Trotz unterschiedlicher politischer Vorstellungen der einzelnen Verbände einigte man sich schnell, am Punkt „sozialhilfebeziehende Kinder“ zusammenzuarbeiten, und gab z.B. eine entsprechende gemeinsame Presseerklärung heraus.

In den darauffolgenden Wochen machten sich einige AktivistInnen, allen voran die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen organisierten Gruppen, auf, sowohl der „kritischen Öffentlichkeit“ als auch denjenigen PolitikerInnen, die man für zugänglich für das Thema Kinderarmut hielt, das Problem der Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe überhaupt erst mal zu erklären. Dies war offensichtlich nötig, denn selbst der für die Sozialhilfe zuständige Arbeitsminister Riester hatte bei einem Termin mit VertreterInnen von Erwerbsloseninitiativen behauptet, davon, dass Kinder im Sozialhilfebezug gar nicht in den „Genuss“ von Kindergeld kämen, wisse er ja gar nichts.

Die „Nachhilfe“ der Sozialhilfeinitiativen zeigte Wirkung – und die Ereignisse überschlugen sich: Die rot/grüne Bundesregierung beschloss in Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils die nächste Kindergelderhöhung zum 1. Januar 2000 – und musste sich plötzlich alenthalben fragen lassen, wie sie denn si-

cherzustellen gedenke, dass auch Kinder im Sozialhilfebezug an der Verbesserung teilhaben könnten.

Nach einem Hin und Her zwischen Regierungskoalition und Bundesrat wurde (für die Verhältnisse der Politik sogar recht flugs) ins Bundessozialhilfegesetz ein Passus aufgenommen, der beim ersten und zweiten Kind in der Familie je 20 Mark monatlich anrechnungsfrei stellte, so dass seit Januar diesen Jahres wenigstens die jüngste Erhöhung des Kindergeldes in den Taschen sozialhilfebeziehender Familien landet.

Zweifelsohne ein erster Teilerfolg auch unserer Bemühungen, den wir feiern, mit dem wir uns aber nicht zufrieden geben wollen. Denn: 20 Mark sind angesichts der Lage armer Kinder in der Bundesrepublik nur ein wenig mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Ganz abgesehen davon, dass noch nicht einmal alle Kinder in den Genuss dieses Tropfens kommen: Wer zufällig als das dritte Kind in einer sozialhilfebeziehenden Familie zur Welt kommt, geht auch nach der neuen Regelung leer aus. Und vor allem: Viele hier lebende ausländische Kinder (z.B. Flüchtlinge) bekommen erst gar kein Kindergeld und werden zusätzlich mit geringeren Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz „bestraft“. Auch das ist schlichtweg eine sozialpolitische Sauerei! (Einige Gerichtsurteile ... halten die Nichtgewährung von Kindergeld z.B. für Menschen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien mittlerweile übrigens für rechtswidrig!)

Fazit: Eigentlich gibt es keinen vernünftigen Grund, die Kampagne nicht wie geplant stattfinden zu lassen. Im Gegenteil: Es wäre dringend nötig, dass sich die Verbände wieder zusammenfinden, um eine Weiterführung der Kampagne auf bundespolitischer Ebene zu verabreden.

Kommunaler Ansatz: Kampagne „Kinder und Sozialhilfe“ in Oldenburg

Die beiden Oldenburger Initiativen „DONNA 45 – Bildung und Werkstätten von erwerbslosen Frauen e.V.“ und die „ALSO Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg“ beteiligten sich an der oben genannten Kampagne mit der Forderung „Keine Anrechnung von Kindergeld auf die Sozialhilfe“.

Von vorneherein wollten beide Gruppen nicht nur auf der relativ weit entfernten und daher „abstrakteren“ Bundesebene politisch eingreifen, sondern kommunale Spielräume erkämpfen, um möglichst schnell konkrete Verbesserungen für sozialhilfebeziehende Kinder zu erreichen. Wichtig ist ihnen dabei auch, ein politisches Klima in der Stadt zu schaffen, das Armut von Kindern nicht

mehr den Müttern als „Erziehungsdefizit“ in die Schuhe schiebt, sondern die Politik auffordert, Chancengleichheit von Kindern auch finanziell herzustellen.

Die Argumente sprechen für diese Sichtweise, denn: Bis auf den neuen Freibetrag von je 20 Mark für das erste und zweite Kind wird jede Mark Kindergeld, das der Bund an sozialhilfebeziehende Kinder auszahlt, via Anrechnung auf die Sozialhilfe zum „Plus“ für Städte und Gemeinden, weil dafür entsprechend weniger – kommunal finanzierte – Sozialhilfe ausgezahlt werden muss. Die Kommunen sind also die eigentlichen Nutznießer des Kindergeldes und der Kinder gelderhöhungen. Oder deutlicher ausgedrückt: Städte und Gemeinden sparen auf Kosten von armen Kindern. Dabei wäre es für die Kommunen ein Leichtes, „einmalige Beihilfen“ (z.B. Geld für Spielzeug oder ein Kinderfahrrad) für sozialhilfebeziehende Kinder bereitzustellen. Sie könnten die Sozialämter auch anweisen, besser zu beraten und über die Existenz einmaliger Beihilfen zu informieren. Mit einem Wort: Der Verweis auf den Gesetzgeber im jeweiligen Bundesland bzw. auf den in Berlin, den kommunalen Politiker so gerne im Mund führen, wenn sie sagen, sie könnten leider auch nichts tun, der zieht also nicht!

Im Rahmen der Oldenburger Kampagne wurde bisher

- ein allgemeines Flugblatt zur Information über das Thema Kindergeld und Sozialhilfe geschrieben, das während der bundesweiten Kampagne im letzten Herbst entstanden ist und auch überregional genutzt wurde;

- eine Fragebogenaktion über die Situation von Kindern in sozialhilfebeziehenden Familien durchgeführt, die sich an Betroffene richtet und die anschließend unter verschiedenen Aspekten ausgewertet wurde bzw. noch wird;

- erste Auswertungsergebnisse aus der Fragebogenaktion betreffen das Thema Schulmaterial für sozialhilfebeziehende Kinder. Wegen der katastrophalen Ergebnisse und weil jetzt Schuljahresende ist und andererseits gerade die Einschulungsvorbereitungen laufen, ist das Thema brandaktuell.

Dazu wurden

- Informationsblätter für Eltern verfasst, welche Anträge auf Schulmaterial möglich sind und wie sie sich im Falle einer Ablehnung verhalten können;

- alle allgemeinbildenden Schulen in Oldenburg angeschrieben und einerseits über die Probleme von Kindern im Sozialhilfebezug informiert (bei Lehrern scheint es erheblichen Aufklärungsbedarf darüber zu geben, dass sie arme Kinder in ihren Klassen haben!). In diesem

Abschiebung: „Ein Säugling braucht den Vater sowieso nicht“

LANDSHUT. Das Landratsamt Landshut hat einen Flüchtling aus Indien wenige Tage vor der Geburt seines Kindes abschieben lassen, obwohl er das Sorgerecht mit seiner deutschen Lebensgefährtin gemeinsam ausüben wollte. So wohl das Verwaltungsgericht Regensburg als auch der 24. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes (VGH) bestätigten die Entscheidung der Ausländerbehörde. In dem VGH-Urteil heißt es: „Im Hinblick darauf ist zu berücksichtigen, dass bei einem Säugling bis zum Alter von acht Wochen aufgrund der fröhkindlichen Entwicklung, die durch lange Schlafenszeiten gekennzeichnet ist, eine spezifisch auf den Vater bezogene Beziehung wohl noch gar nicht aufgebaut werden kann. Es benötigt eine Rundumbetreuung, wobei die Differenzierung, wer diese Betreuung konkret vornimmt, dem Säugling noch gar nicht möglich ist. Insoweit liegt ein deutlicher Unterschied zu einem Kleinkind vor, das die Betreuungsbeiträge von Vater und Mutter bewusst wahrnimmt und sich schnell entwickelt. Aufgrund dessen

steht der vom Antragsteller erst beabsichtigte Erziehungsbeitrag seiner vorübergehenden Ausreise nicht entgegen.“

Die Abschiebung hat weitreichende Konsequenzen: Gegen den Vater des Kindes wurde ein unbefristetes Einreiseverbot für Deutschland verhängt. Eine nachträgliche Befristung des Verbots wird in der Regel erst dann vorgenommen, wenn zuvor sämtliche Kosten der Abschiebung und der Abschiebehaft erstattet worden sind. Dies allein dürfte sich auf mehrere 1000 DM belaufen.

Der bayerische Flüchtlingsrat fordert das Landratsamt Landshut auf, „sofort und ohne finanzielle Gegenleistung die für das Visum erforderliche Vorabstimmung zu erteilen. Die deutsche Auslandsvertretung muss das Visum dann unverzüglich ausstellen. Und nicht zuletzt: Der Landrat und die verantwortlichen RichterInnen müssen sich für diesen rassistischen Übergriff entschuldigen!“

Bayer. Flüchtlingsrat, München
www.tacheles.wtal.de

Schreiben wurden sie auch gebeten, konkret etwas zu tun, nämlich: den SchülernInnen vor Beginn eines Schuljahres eine detaillierte und von der Schule autorisierte Auflistung aller benötigten Materialien und Kosten auszuhändigen, damit Eltern die Kosten besser beim Sozialamt geltend machen können;

– Musteranträge für verschiedene Schulbedarf erarbeitet, die zusammen mit einem allgemeinen Infoblatt an die Eltern verteilt werden (Infostände vor dem Sozialamt etc.).

Diesen Aktivitäten kam ein aktuelles Urteil des niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts gerade recht, das Kindern einen Schulranzen der mittleren Preisklasse (anstatt der untersten Billigkategorie) zugesteht. So wurde eingefordert, dass die Verwaltung diesem Urteil in seiner Bewilligung Rechnung trägt. Die Verwaltung hat übrigens mittlerweile reagiert und die Pauschale um 30 Mark erhöht. Natürlich nicht genug, aber immerhin besser als nix.

Auf kommunalpolitischer Ebene suchten ALSO und DONNA die Diskussion mit den Parteien/Faktionen im Stadtrat, die entweder ins Arbeitslosenzentrum eingeladen oder auf ihren Fraktionssitzungen besucht wurden. Konkret wurden sie gebeten, vorformulierte Fragen über den Sozialausschuss an die Verwaltung der Stadt Oldenburg zu stellen, um eine Diskussion über das Thema „Kinder und Sozialhilfe“ und konkreter über das Thema „Schulalltag von Kindern im Sozialhilfebezug“ dort in Gang zu bringen.

Außerdem wurde für diejenigen, die sich solche Schritte in ihren Städten

nicht so einfach zutrauen, aufgeschrieben, wie und auf welchen Wegen sich erreichen lässt, dass die kommunalpolitisch Verantwortlichen sich mit unseren Forderungen auseinandersetzen müssen.

Die KollegInnen von DONNA und ALSO hoffen, dass Initiativen in anderen Städten ebenfalls diesen kommunalen Ansatz für eine Kampagne aufgreifen, und freuen sich über einen regen Austausch, Kritik und Anregungen, aber auch über Fragen zur Kampagne!

Es liegt mittlerweile auch eine Dokumentation der bisherigen Aktivitäten vor, die als Handlungshilfe in anderen Städten Verwendung finden kann. Enthalten sind Fragebogen, Argumentationshilfe, Flugblätter, ferner Musteranträge auf verschiedene Schulbeihilfen (Klassenfahrten, Einschulungsbeihilfen, Ranzen etc.) und Informationsmaterial für Eltern und Lehrer.

Die Handlungshilfe ist im Internet unter der Adresse www.tacheles.wtal.de zu finden. Sie kommt ins Haus: auf Diskette gegen Versandkosten in Höhe von fünf Mark in Briefmarken (Mindestvoraussetzung: Windows 3.1 und Word für Windows 2.0) oder als ausgedruckte Version (ca. 60 Seiten) für 10 Mark in Briefmarken. Bestellungen an:

**Arbeitslosensebsthilfe
Oldenburg,
Kaiserstr. 19
26122 Oldenburg**

Den Artikel entnahmen wir „quer“, überregionale und unabhängige Zeitschrift für Erwerbslose, August 2000. „quer“ erscheint zweimonatlich, kostet im Einzelabo für Privatpersonen jährlich DM 25 und kann bestellt werden bei: quer, Postfach 1363, 26003 Oldenburg

Reps laden belgische Rechtsradikale in den Landtag ein

Braunes Treffen im Landtag empört die Fraktionen

Dass im Südwesten der Republik seit 1992 eine braune Fraktion im Stuttgarter Landtag sitzt, ist für die übrigen Parteien Ärgernis genug. Dass die rechtsextremistischen Reps das „Hohe Haus“ des Stuttgarter Landtags zu einer Thingstätte des Rechtsradikalismus machen wollen, geht den übrigen Fraktionen jedoch zu weit.

„Es ist nicht hinnehmbar, dass sich Rechtsextremisten und Neonazis im Landtag tummeln dürfen“, kritisierte SPD-Fraktionssprecher Helmut Zorell. Grund der Empörung ist eine Veranstaltung der Reps im baden-württembergischen Landtag, bei der ein Vertreter des rechtsradikalen belgischen „Vlaams Blok“ (VB) vor 130 Gästen einen Vortrag gehalten hatte.

Hauptredner war Wim Verreycken, für den VB Mitglied im belgischen Senat. Er sprach zum Thema „Europa und die Regionen aus flämischer Sicht“. Der VB kämpft seit Jahren für eine Abspaltung Flanderns von Belgien und gilt als Scharfmacher in der rechten Szene. Einmal im Jahr organisiert die Partei im Spätsommer ein Treffen europäischer Rechtsextremisten im belgischen Diksmuide. Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes pflegt der VB auch enge Kontakte zur DVU und zur NPD.

Das Stuttgarter Treffen hatte bereits am 30. Juni stattgefunden, wurde jedoch erst in der letzten Woche durch Zeitungsberichte öffentlich bekannt. Man habe über die Ziele des VB und mögliche Kooperationen mit den Reps gesprochen, sagte der Stuttgarter Rep-Landtagsabgeordnete Wolf Krisch. „Was Herr Verreycken sagt, ist in vielen Dingen mit unseren politischen Zielen vergleichbar.“ Noch in diesem Jahr seien weitere Veranstaltungen geplant.

Die Reps sitzen seit 1992 im Stuttgarter Landtag und holten 1996 9,1 Prozent und 14 Mandate. Im Südwesten hat die Partei rund 1 900 Mitglieder und wird seit 1992 vom Verfassungsschutz beobachtet. Der Rep-Bundesvorsitzende ist der Fraktionschef im Stuttgarter Landtag, Rolf Schlierer. Schlierer hielt bei dem braunen Treffen Ende Juni die Begrüßungsrede.

Er sei bei der Raumvergabe ohne Handlungsspielraum, rechtfertigte sich Stuttgarts Landtagspräsident Peter Straub (CDU). „Solange sich die jeweilige Fraktion an die Richtlinien hält, könnten wir nicht einschreiten.“

Die Richtlinien sehen vor, dass der Landtag lediglich den Veranstaltungsort stellt, die inhaltliche Gestaltung jedoch von dem Anmelder organisiert wird.

„Darauf haben wir keinen Einfluss mehr“, sagte Straub.

Dagegen haben die Fraktionschefs von CDU, SPD, FDP und Grünen das Treffen kritisiert und Konsequenzen gefordert. Nach der Sommerpause will sich das Präsidium des Landtags mit der Raumbelegungspraxis befassen. „Formal hat Straub zwar nicht falsch gehandelt, und es wäre auch nicht wünschenswert, dass die Verwaltung Veranstaltungen im Parlamentzensiert“, sagte SPD-Fraktsions sprecher Zorell auf Anfrage. Doch es sei möglich, bei Antragsstellung abzufragen, welche Gruppierungen eingeladen werden. „Wenn klar gewesen wäre, dass der Vlaams Blok dort auftritt, hätte der Parlamentspräsident die Veranstaltung mit dem Hinweis auf drohende Gefahren für die öffentliche Sicherheit nicht zu lassen dürfen“, so Zorell.

Straub war bereits im Herbst 1999 in die Schlagzeilen geraten, weil er sich in der sogenannten „Ausstellungssaffäre“ allzu willfährig gegenüber den Rechts extremisten verhalten hatte. Der CDU Politiker hatte auf deren Wunsch hin Rep Exponate aus der vom Bundesamt für Verfassungsschutz konzipierten Wanderausstellung „Demokratie ist verletzlich – Rechtsextremismus in Deutschland“ entfernen lassen, die im Stuttgarter Landtag gezeigt wurde. Als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes am Eröffnungsabend versuchten, die fehlenden Dokumente in die Vitrine zurückzulegen, wurden sie von vier Rep Abgeordneten handgreiflich daran gehindert. Trotz Aufforderung weigerte sich Straub, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen und die Reps zu maßregeln. Der Versuch, zwei an der Rangelei beteiligte Rep Abgeordnete durch Änderung der Geschäftsordnung aus ihren parlamentarischen Ämtern zu entfernen, scheiterte an der CDU/FDP Mehrheit im Stuttgarter Landtag.

Auch im jüngsten Fall wird offensichtlich versucht, den Reps lediglich mit dem formalen Hinweis auf „Störung der öffentlichen Sicherheit“ entgegenzutreten, statt ein Verbot rechtsradikaler Veranstaltungen inhaltlich festzuschreiben. Erste Umfragen für die kommende Landtagswahl im März 2001 sagen wieder ein sattes Stimmenpolster für die Reps voraus – obwohl die Partei in weiten Teilen des Landes nur ein Phantom dasein führt.

Martin Höxtermann, Freiburg



Was wird aus dem öffentlichen Nahverkehr? SAARBRÜCKEN Am 24. August berieten der Deutsche StädteTag, der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen und die Gewerkschaft ÖTV den kürzlich von der Europäischen Kommission vorgelegten Verordnungsvorschlag zur Markttöffnung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die 3 Verbände lehnen den darin vorgesehenen generellen Ausschreibungzwang ab. Vielmehr müssten die Städte auch künftig eigenverantwortlich darüber entscheiden können, ob sie die Verkehrsdiestleistungen selber erbringen oder vergeben. Darüber hinaus benötigen die rund 2500 privaten sowie ca. 300 kommunalen Verkehrsbetriebe in Deutschland ausreichend Zeit zur Umstrukturierung. „Die von der Kommission vorgeschlagene Dreijahresfrist reicht dafür bei weitem nicht aus.. Einvernehmen bestand zwischen den Verbänden auch darin, dass der Wettbewerb nicht einseitig auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden darf. „Die Einhaltung von Tarifverträgen sowie arbeits- und sozialrechtliche Standards müssen als Kriterien bei der Vergabe von Verkehrsleistungen verankert werden,“ so ÖTV-Chef Herbert Mai. Dafür sammelt die ÖTV derzeit auch Unterschriften. Ihr Motto lautet: „Für einen fairen Wettbewerb im ÖPNV.“

Privatisierung gescheitert POTSDAM Die Stadt kündigte das Kooperationsmodell mit dem französischen Unternehmen „Eurawasser“. Damit ist der Versuch, den Potsdamer Wasserbetrieb zu privatisieren, vorerst gescheitert. Auslöser für die Kündigung waren absehbare drastische Preiserhöhungen für das Potsdamer Wasser. Hatte Eurawasser noch im vergangenen Herbst eine günstige Preisentwicklung für die nächsten zwanzig Jahre angekündigt, zeichnete sich nun ab, dass die Gebühren für Trink- und Abwasser bis 2017 auf 16,40 Mark pro Kubikmeter steigen sollten. In diesem Jahr war eine Erhöhung um 1,30 Mark geplant, obwohl schon heute die Preise mit 8,80 Mark pro Kubikmeter höher sind als in Berlin. In dieser Situation entschloss sich Potsdams Oberbürgermeister Matthias Platzeck (SPD) zur Lösung von Eurawasser.

Steuervorteile für Ferrero FRANKFURT/MAIN Der Süßwarenhersteller Ferrero, der an die hessische CDU nicht deklarierte Barspenden in Höhe von fast einer Million Mark geleistet haben soll, hat von der Großzügigkeit eines Unionspolitikers profitiert. Wie das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Marburg-Biedenkopf bestätigte, hat das Unternehmen für sein Werk im mittelhessischen Stadtallendorf jahrelang zu niedrige Gewerbesteuervorauszahlungen geleistet. Während die Prüfer für die

Jahre 1993 und 1994 Vorauszahlungen von jeweils 40,2 Millionen Mark für angemessen hielten, setzte die Finanzverwaltung der von der CDU regierten Kommune 6,8 Millionen Mark an. Die Zinsgewinne, die Ferrero durch die niedrigen Vorauszahlungen erwirtschaften konnte, werden auf 13 Millionen Mark geschätzt. Wie die Staatsanwaltschaft Marburg berichtete, wurde nach Bekanntwerden der niedrigen Abschläge gegen den Bürgermeister von Stadtallendorf, Vollmer (CDU), ein Ermittlungsverfahren wegen Untreue eingeleitet, das 1997 aber gegen eine Geldauflage von 10.000 Mark eingestellt worden sei.

Anhörungsrecht von Kommunen im bayer. Landtag MÜNCHEN Nach der Abschaffung des Senats behalten die Kommunen mit ihren Spitzenverbänden ein Mitspracherecht im Landtag. Darauf verständigten sich CSU und SPD bei der Änderung der Geschäftsordnung (GO) für das Parlament. Die Grünen tragen die Vereinbarungen nur bedingt mit. Sie kritisieren, dass die Staatsregierung in dieser GO nicht verpflichtet wurde, auch die Opposition über wichtige Angelegenheiten fortlaufend zu informieren. Viel Bewegungsspielraum haben die Kommunen allerdings nicht. Sie müssen zwar künftig immer dann eingeschaltet werden, wenn es um eigene Angelegenheiten geht. Aber sie haben kein Vetorecht und – was besonders wichtig wäre – kein Antragsrecht.

Kritik an Gutscheinen für Sozialhilfeempfänger KIEL In Kiel ist es offenbar seit einiger Zeit gängige Praxis, dass das Sozialamt für einmalige Beihilfen, wie etwa die Anschaffung eines Kühlchranks, kein Geld auszahlt, sondern generell den Berechtigten Gutscheine ausstellt. Die Grünen hatten in der Ratsversammlung Mitte Juli daher beantragt, dieses als diskriminierend bezeichnete Verfahren einzustellen und wieder Barbeihilfen zu zahlen. Der Antrag wurde in den Sozialausschuss verwiesen, der sich erst am 28.9. wieder trifft. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz, Helmut Bäumler, hatte bereits im April in seinem Jahresbericht auf die zweifelhafte Rechtsgrundlage des Vorgehens nicht nur des Kieler Sozialamtes hingewiesen. „Hilfeempfänger schilderten uns wiederholt ihre Erfahrungen, wie sie mit den Bestellscheinen von Geschäft zu Geschäft wanderten, sich als Sozialhilfeempfänger zu erkennen geben mussten, Preise erfragten und von Verkäufern oder zuhörenden Käufern mitleidig bestaut wurden“, heißt es dort. Nach Angaben der Grünen hat sich sowohl der Sozialausschuss des Landtags als auch das Landessozialministerium bereits gegen diese Praxis ausgesprochen. Zusammenstellung: baf

Wie lange macht die Gesundheit das mit?

Seit 2 Jahren führt der Betriebsrat der SICK AG im Sommer statt einer großen Betriebsversammlung mehrere Geschäftsbereichsversammlungen durch. Schwerpunktthema war dieses Jahr erneut die ausufernde Überarbeit in manchen Abteilungen der Entwicklung oder dem Produkt- und Marktmanagement, aber auch in einigen Produktionsabteilungen. Zum ersten Mal allerdings griff der Betriebsrat dieses Dauerthema von einer ganz anderen Seite auf: nämlich der Frage der Gesundheitsgefährdung durch Dauerstress. Hierzu wurden verschiedene Ergebnisse jahrelanger arbeitsmedizinischer Untersuchungen¹ vorgetragen, die allesamt belegen: Die Faktoren Stress, psychische Belastung, Erschöpfungszustände, die insbesondere Herz- und Kreislauferkrankungen, Schlafstörungen und psychosomatische Beschwerden verursachen, haben stark zugenommen. Trotzdem steigt die Anzahl der Beschäftigten, die scheinbar freiwillig ohne Ende arbeiten, insbesondere in bestimmten, zum Teil hochqualifizierten Angestelltenbereichen. Bei der SICK AG werden seit Jahren über 17.000 Stunden jährlich im Bereich der tariflich Beschäftigten und mindestens weiteren 10.000 Stunden im Bereich der über 200 AT-Angestellten (die nicht mehr stampeln!) verschenkt. Mit moralischen Appellen oder Verständnis gegenüber diesen „Verrückten“, die umsonst arbeiten, kommt man dem Problem offensichtlich schlecht bis gar nicht bei – so jedenfalls die Erfahrungen der SICK-Betriebsräte. Deshalb haben sie im Rahmen der genannten Abteilungsversammlungen dieses Jahr einige Analysen und Erfahrungen der IBM-Betriebsräte vorgestellt, die vielleicht einen Weg weisen, wie dem gesundheitsschädigenden und paradoxen „Arbeiten ohne Ende“ beizukommen ist.

„Macht was ihr wollt, aber seid profitabel!“

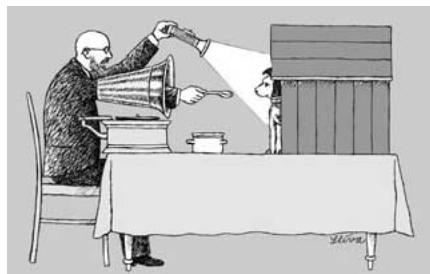
Betriebsräte bei IBM Deutschland haben seit 1992, zusammen mit der IG Metall und verschiedenen Wissenschaftlern, die subtilen und indirekt wirkenden Führungsmethoden untersucht. Die Ergebnisse sind in zwei Broschüren der IG Metaller in der IBM „Denkanstöße“² veröffentlicht. Hier sollen ein paar Kernaussagen dieser Arbeit vorgestellt werden: Erste wichtige Erkenntnis war, dass „Arbeiten ohne Ende“ als Ergebnis einer Instrumentalisierung des Denkens in der neuen Arbeitsorganisation untersucht und begriffen werden muss: Die Kolleginnen und Kollegen stehen unter starkem Druck, arbeiten wesentlich länger, als sie lt. Gesetz oder Tarifvertrag müssen und setzen sich auch gegenseitig unter Druck – und das alles ohne Anwei-

sungen oder Anordnungen des Managements, sondern aus reinen Sachzwängen heraus.

Die These des IBM-Betriebsratsvorsitzenden Wilfried Glißmann, Düsseldorf, lautet, dass es sich um eine „neue Form unternehmerischer Herrschaft“ handelt, die nicht mehr über Anweisung und Kontrolle erfolgt. Die neue Herrschaftsform beginnt damit, dass der Arbeitgeber die möglichst unmittelbare Konfrontation der Beschäftigten mit ihren Handlungsbedingungen inszeniert. Der Markt wird segmentiert, den Markt-Segmenten (in denen das Unternehmen tätig sein will) werden Unternehmens-Segmente gegenübergestellt und der Marktdruck wird für die Beschäftigten möglichst unmittelbar spürbar gemacht. Die Beschäftigten selber sollen den Erfolg der Einheit sicherstellen und wenn die Unternehmenseinheit nicht erfolgreich ist, dann droht das „Des-Investment“ (Einstellung der Tätigkeit oder Verlagerung nach extern).² In den beiden Broschüren wird im Einzelnen nachgewiesen, dass diese Veränderungen in den Managementmethoden auch deshalb so wirksam sind, weil viele Mitarbeiter (zurecht) die größere Selbständigkeit und das Selbst-Entscheiden-Können erstmal als etwas sehr Positives empfinden gegenüber dem alten hierarchischen Kommandosystem in der Arbeitsorganisation.

Allerdings beinhaltete das frühere Kommandosystem noch gewisse Schranken, denn die „Befehle“ des Vorgesetzten mussten erfüllbar sein, andernfalls war er dafür „nach oben“ verantwortlich.

Die klassische Maßlosigkeit der Kapitalverwertung wird nun entfesselt, denn die neue Form unternehmerischer Herrschaft beruht nicht mehr auf Anweisungen oder Befehlen. Der Beschäftigte ist als unselbständiger Selbständiger im Unternehmen mit dieser Maßlosigkeit auf völlig neue Weise und ganz unmittelbar konfrontiert ... Es sieht so aus, als sei der Arbeitgeber völlig verschwunden, als sei jegliche Herrschaft im Unternehmen verschwunden. Es geht scheinbar nur noch um sachliche Probleme, und diese ergeben sich aus sachlichen Bedingungen und werden von den Beschäftigten auch noch selbst erkannt. In Wirklichkeit aber agiert der Arbeitgeber sehr wirksam auf



indirekte Weise, indem er gezielt die Rahmenbedingungen der Sache verändert!

Denn die neuen Managementmethoden instrumentalisieren nicht nur das Denken, sondern zunehmend auch die Gefühle, was Angela Schmidt in der zweiten Broschüre untersucht hat:

„Emotionales Engineering“

Die Dynamik der indirekten Steuerung entfaltet sich auch im Gefühlsleben: „Wenn man sich als „Selbstmanager“ bemüht, die „Ressource Ich“ möglichst effizient einzusetzen, geht das nicht ohne die Mobilisierung der eigenen Emotionen. Tatsächlich berichten Mitarbeiter in E-mail-Aktionen des Betriebsrates der IBM Düsseldorf von der extremen Beanspruchung ihrer Gefühle: sie beschreiben Frustrationen, Depressionen, Angst, Ärger, schlechtes Gewissen, aber auch Hochgefühle und einen gewissen Größenwahn, der vom globalen Denken beflogt wird.“

Ein sehr anschauliches Beispiel für solche emotionale „Synchronisierung“ gibt der IBM-Chef Lou Gerstner, der jedes Jahr eine Ansprache hält, die weltweit live in verschiedene Niederlassungen übertragen wird. Der Hintergrund für seine Ansprache 1998 war der vorangegangene Firmenmerger der Konkurrenten Digital Equipment und Compaq. Dadurch verschärft sich die Konkurrenzsituation für IBM und Gerstner macht klar, was das bedeutet: „They're coming after us. We're now a target. We should not lose this fight.“ („Sie sind hinter uns her. Wir sind nun eine Zielscheibe. Wir sollten diesen Kampf nicht verlieren.“) Und der IBM-Boss fragt nach den Gefühlen, die seine Mitarbeiter angesichts dieser Bedrohung bewegen: „What happened to you? Did you think, hm, I wonder if Dec's headquarters will move from Massachusetts to Texas. Or did you feel it? Did you feel a shock of adrenalin, somebody poking you in the chest calling you out.“ („Was geschah da mit Ihnen? Dachten Sie, hm, ich frage mich, ob der Firmensitz von Digital nun von Massachusetts nach Texas umzieht? Oder fühlten Sie es? Fühlten Sie einen richtigen Adrenalinstoß, als ob jemand Ihnen den Finger in die Brust bohrte und Sie herausforderte?“)

Es wurde auf den GB-Versammlungen festgehalten, dass das Ausmaß der Überarbeit noch nicht die Dimensionen wie bei IBM erreicht hat, aber soweit soll es ja auch nicht kommen! sic

Literaturangaben: (1) Psychische Belastung und Beanspruchung. Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz u. Arbeitsmedizin Dortmund/Berlin/Dresden, 3.überarb.Auflage 2000; (2) „Denkanstöße“: „Meine Zeit ist mein Leben“, 1999; „Mit Haut und Haaren – Der Zugriff auf das ganze Individuum“, 2000

DAG und HBV: "Die rot-grüne Koalition muss endlich Farbe bekennen."

Die über 2,8 Millionen Beschäftigten im Einzelhandel erwarteten ein klares Be-kenntnis der Bundesregierung zur Sicherung des Ladenschlussgesetzes. „Die Ver-sprechen vor der Wahl, den Ladenschluss nicht anzutasten, müssen auch heute Be-stand haben“, erklärten die Vorsitzenden von HBV und DAG, Margret Möning-Raa-ne und Roland Issen, in einem Schreiben an die Bundesregierung. Für den Fall, dass dieses Signal ausbleibe, kündigten beide Gewerkschaften einen heißen Herbst an. Ökonomische Impulse seien von verlängerten Öffnungszeiten nicht zu erwarten. Das lehre die Erfahrung mit dem seit 1996 geltenden Ladenschlussgesetz. Die seit Oktober 1999 vorliegen-den Gutachten des Ifo-Instituts und der Sozialforschungsstelle Dortmund belegen zweifelsfrei, dass erweiterte Öff-nungszeiten „den mörderischen Verdrän-gungswettbewerb im deutschen Einzel-handel“ weiter anheizen. „Das Laden sterben beschleunigt sich. Hunderttau-sende von Arbeitsplätzen sind in Gefahr. Die Beratungs- und Servicequalität für die Kunden nimmt weiter ab. Wer diesen fatalen Trend durch Verlängerung der La-denöffnungszeiten noch Vorschub leistet, handelt schlicht unverantwortlich“, so die Vorsitzenden von DAG und HBV.

Nach PE des Hauptvorstandes der HBV

Aus der Financial Times Deutschland vom 29.8.2000 – Nach einer Empfehlung der Staatssekretäre der 16 Länderwirtschaftsministerien sollen die Geschäfte künftig von montags bis freitags von 6 bis 22 Uhr, samstags zwischen 6 und 20 Uhr sowie an vier Sonntagen im Jahr ohne besondere Anlässe öffnen dürfen. Ende September soll die neue Regelung den Bundesrat passieren. (...)

Die Länder folgten mit ihrer Empfehlung weitgehend einer Bundesratsinitia-tive des Landes Berlin, das Öffnungszei-ten montags bis samstags bis 22 Uhr be-antragt hatte. Sachsen, das die völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten von montags bis samstags gefordert hatte, konnte sich nicht durchsetzen. Nur Bay-ern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben die Empfehlung am Dienstag nicht mitgetragen. Diese Länder enthiel-ten sich, da ihre Kabinette noch keine ab-schließende Entscheidung gefällt haben.

Die Vorgabe der Staatssekretäre liegt dem Wirtschaftsausschuss des Bundesra tes am 14. September zum Beschluss vor. Die Länderkammer soll am 29. Septem-ber darüber abstimmen (...)

Trotz neuer Streikandrohungen der Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherungen (HBV) sowie der Deut-schen Angestellten-Gewerkschaft (DAG)

zeichnet sich auch im Bundestag eine Mehrheit ab. In die SPD-Fraktion, tradi-tionell den Gewerkschaften verbunden, ist Bewegung gekommen. Die SPD wer-de ihre breite Diskussion mit allen ge-sellschaftlichen Gruppen ... fortführen, sagte die SPD-Abgeordnete Margrit Wet-zel. Bislang stehe nur fest, „dass der Sonntag nicht angetastet werden darf“. Aus dem Fraktionsvorstand war zu er-fahren, dass auch die SPD für die Neure-gelung eintreten werde.

Auch die Fraktion der Grünen signa-lisierte Zustimmung - allerdings mit der Einschränkung, die Lockerung der Öff-nungszeiten zunächst nur auf innerstädti-sche Gebiete beschränken zu wollen. „Die Öffnungszeiten sollen in städti-schen Einzelhandelsgebieten auf werk-tags 22 Uhr und samstags 20 Uhr ausge-weitet werden können“, sagte die baupo-litische Sprecherin der Grünen, Franzis-ka Eichstädt-Bohlig. (...) Die Empfehlung der Länder sieht auch vor, dass die Sonderregelungen für Bäder, Kur-, Erholungs-, Ausflugs- und Wallfahrtsorte auf-recht erhalten bleiben. Diese Orte kön-nen generell an Sonn- und Feiertagen ih-re Geschäfte öffnen, allerdings nur mit ei-nem beschränktem Sortiment.

© 2000 Financial Times Deutschland - www.ftd.de/ladenschluss

Einladung zur internationalen Gewerkschaftskonferenz vom 29. September bis 1. Oktober in Frankreich

Im Mai 1999 kamen mehrere hundert Ge-werkschafter und Betriebsräte aus 15 ver-schiedenen Ländern im Städtchen Ören in der Türkei zusammen, um über die wesentlichen Probleme, denen die Ar-beiterbewegung heute gegenübersteht, zu diskutieren. In der gemeinsamen Ab-schlusserklärung stellten sie Folgendes fest: „Unsere Konferenz weist darauf hin, dass ähnliche Initiativen in der nächsten Zeit auch in anderen Ländern gestartet werden müssen, damit ein Meinungsaus-tausch unter den Gewerkschaftern wei-terhin stattfindet und in der Gewerkschaftsbewegung eine gemeinsame Hal-tung weiter entwickelt werden kann.“

Seither ist ein Jahr vergangen, in dem die Angriffe des Kapitals gegen die Ar-beiterklasse und ihre Gewerkschaften weiter verschärft wurden und die Not-wendigkeit gemeinsamer Diskussionen und gemeinsamer Kämpfe ist heute bren-nender denn je. Rechte und Freiheiten, die in Jahrzehnten langer, opfervoller Auseinandersetzungen errungen wurden, sind heute nicht nur in den abhän-gigen, sondern auch in den zentralen Ländern des Kapitalismus in Frage ge-stellt. Auch in den hochentwickelten ka-pitalistischen Ländern, in denen die Po-litik des Sozialstaates entwickelt wurde, muss die Arbeiterbewegung neue und

schärfere Kämpfe ins Auge fassen, um die in 50 Jahren erkämpften Errungen-schaften zu verteidigen. Den ArbeiterInnen in den unterentwickelten und ab-hängigen Ländern geht es nicht besser. Die Landwirtschaft und Industrie dieser Länder werden völlig ruiniert, ihre Sou-veränität wird mit Füßen getreten und sie werden in die völlige wirtschaftliche Abhängigkeit getrieben. Die Mehrheit der Menschen ist einer Verschärfung von Elend und Armut ausgesetzt.

Die Strategien der internationalen Konzerne, der führenden kapitalisti-schen Länder und der Finanzzentren werden im Rahmen der „Globalisierung“ in einigen Punkten konzentriert.

Privatisierungen beispielsweise haben das Ausmaß eines Generalangriffs gegen alle Sektoren in fast allen Ländern erreicht. Privatisierung und die Verlage- rung von Betrieben in Länder, in denen die Arbeitskräfte billig und unorgan-iisiert sind, sind Faktoren, die die Arbeits-losigkeit verschärfen. Die Arbeitslosig-keit wird von den Kapitalisten, die sie produziert haben, immer offener und öf-ter als ein Mittel der Erpressung gegen die Arbeiterklasse eingesetzt. Obwohl die Gewinne der großen Konzerne und Un-ternehmer immer größer ausfallen, wird unter dem Vorwand der Wettbewerbs-

fähigkeit gefordert, die Löhne einzufrie-ren bzw. zu senken, die Arbeitszeiten auszuweiten, die Staatsquote zu senken und Sozialleistungen abzubauen. Durch das Einschwören auf die Standortlogik wird versucht, den Einfluss der Gewerkschaf-ten als Gegenmacht weiter zu schwächen, die infolge der Angriffe des Kapitals und der angepassten Haltung von Gewerkschaftsführungen immer mehr Kraft und Mitglieder verlieren.

Die Angriffe des Kapitals gegen die Arbeiterklasse sind nicht auf wirtschaf-tliche Bereiche begrenzt. Parallel dazu wird eine Offensive gegen politische Rechte und Freiheiten geführt. In vielen Ländern wurden neue reaktionäre Maßnahmen ergriffen. Verbote von Streiks und Demonstrationen, die Faschisierung und Militarisierung des Staatsapparates, die Ausbreitung von Rassismus und Aus-länderfeindlichkeit und andere Entwick-lungen machen deutlich, dass auch die Verteidigung der Demokratie eine Auf-gabe im Kampf der Arbeiterklasse ist.

Vor diesem Hintergrund haben wir als klassenkämpferische GewerkschafterInnen beschlossen, dieses Mal in Europa (Frankreich) zusammenzukommen, um über die Gemeinsamkeiten im Kampf ge-gen diesen Kapitalismus zu diskutieren und den Widerstand der Gewerkschafts-bewegung weiterzuentwickeln.

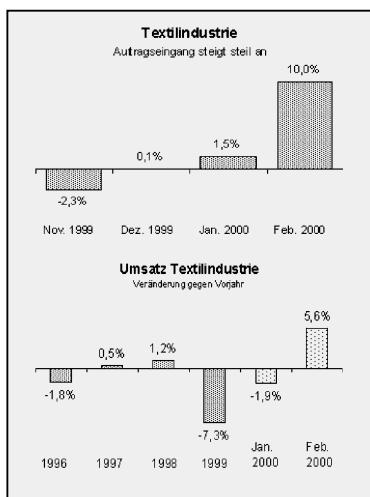
Europa hat in der internationalen Ar-

IG Metall klagt: „Kein Millimeter Bewegung ...“

... gab es bei der zweiten Tarifverhandlung am 16. August. Die Arbeitgeber unterbreiteten kein Angebot, sondern stellten sogar eigene Forderungen auf: Die Tariflöhne sollen betrieblich gesenkt werden können, die Jahressonderzahlung ertragsabhängig sein und Neue sollten unter Tariflohn eingestellt werden. Die IG Metall machte deutlich, dass sie solche Verschlechterungen ablehnt, denn durch die Arbeitgeber-Vorschläge würden Tarifverträge als verbindliche Mindestbedingungen ausgehebelt.

Der Vorstand der IG Metall hatte am 5. Juni die Forderungen für die Tarifbewegung beschlossen:

- Erhöhung der Einkommen in Höhe von 5,0 Prozent (Laufzeit 12 Monate)
- Vereinbarung einer Beschäftigungsbrücke mit den Elementen
- Tarifvertrag über Altersteilzeit, mit einem Anspruch auf Ausstieg mit 60
- tarifvertragliche Regelung zur minde-



stens 12-monatigen Übernahmeverpflichtung für Auszubildende – tarifvertragliches Recht auf Teilzeitarbeit

- Ein fester Monatslohn als Schritt zu neuen, zeitgemäßen Tarifverträgen. Für die Bekleidungsindustrie müssen Verhandlungen über einen modernen Gehaltsrahmentarifvertrag beginnen
- Verlängerung des Tarifvertrags zur Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung
- Möglichkeit zur Umwandlung tariflicher Leistungen (vermögenswirksamer Leistungen, Sonderzahlungen) in Vorsorgekapital.

Textil- und Bekleidungsindustrie Ost: Für die ostdeutsche Textilindustrie gibt es auf Grund des Tarifabschlusses aus dem Jahr 1999 zum 1. Juni 2000 2,5 Prozent mehr Geld. Ab 1. November 2000 gilt der West-Abschluss mit einem Aufschlag von 0,5 Prozent.
nach www.igmetall.de

beiterbewegung stets eine zentrale Rolle gespielt. Diese Tatsache hat für unsere Konferenz eine besondere Bedeutung.

Der wochenlange große Streik der französischen Arbeiterklasse im Jahre 1995 hat ein Signal für eine neue Ära in der internationalen Arbeiterbewegung gesetzt. Auf unserer Konferenz möchten wir zusammen mit unseren französischen Kolleginnen und Kollegen, die mit ihrem großartigen Kampf der Arbeiterbewegung neuen Mut gegeben haben, folgende Themen behandeln und diskutieren:

Globalisierung: Was sind die Triebkräfte und Entwicklungstendenzen • Welche sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen gibt es auf die Arbeiterklasse (Privatisierung, Flexibilisierung, Deregulierung, Arbeitslosigkeit, Billiglöhne, Kinderarbeit • Welches sind gemeinsame Ziele und Ansatzpunkte für Gegenwehr

Gewerkschaften: Gegen die Anpassung der Gewerkschaften an die Kapitallogik und für die Verteidigung der Gewerkschaften als Kampforganisationen • Gegen die Versuche des Kapitals, die gewerkschaftliche Organisation zu schwächen oder abzuschaffen, und gegen Kriminalisierung von GewerkschafterInnen.

Internationale Zusammenarbeit: Wege und Möglichkeiten der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit. Bildung von Komitees für internationale

Solidarität und Kontaktpflege

Wir rufen alle klassenbewussten GewerkschafterInnen aus aller Welt, insbesondere aber aus den europäischen Ländern auf, an der Konferenz teilzunehmen, ihre Erfahrungen einzubringen und somit einen Beitrag zur Entwicklung des gemeinsamen Kampfes zu leisten.

Die Konferenz fängt am Freitag, den 30. September, um 14 Uhr an und endet am Sonntag, den 1. Oktober, um 14 Uhr. Ort: Taninges, Frankreich, Nähe Genf. Nähere Informationen und Materialien werden nach der Anmeldung zugeschickt.

Anmeldung: Sabine Leidig, DGB Kreis Mittelbaden, Ettlinger Str. 3 a, 76137 Karlsruhe, Tel. 0721/931210; e-mail: dgb-mittelbaden@karlsruhe.de oder Hüseyin Avgan: DIDF, Schwalben-gasse 42, 50667 Köln, Tel: 0221/9255493, e-mail: DIDF-M@t-online.de Unkosten: 700 FF inkl.

Aufruber aus Deutschland: Werner Pfennig (IG Medien), Sabine Leidig (DGB-Kreisvorsitzende Karlsruhe), Bernd Riexinger (HBV Stuttgart), Horst Gobrecht (IG Medien Wiesbaden), Jürgen Gulden (IG Chemie BR Freudenberg), Helmut Schmitt (IG Chemie BR Freudenberg), Franz Schütz (DPG Bayern), Torsten Wenderoth (IG Metall Kassel), Tibor Iharosi (IG Metall Regensburg), Roland Sauer (IG Metall BR Bosch, Stuttgart), Melanie Krüger (BR Märklin Göppingen), Zeynep Akarcay (IG BAU, BR Klüh, Düsseldorf), Wilhelm Frohn (ÖTV Kassel)

Handwerk fordert Mittelstands-wirkungsklausel.

– HB, Dienstag, 15.8.2000. – Hanns-Eberhard Schleyer, General-Sekretär des Bundesverbandes des Deutschen Handwerks, fordert einen Mittelstandsbeauftragten der Bundesregierung, der die Einhaltung eines bindenden Kata-logs von Zielvorgaben von Maßnahmen zur Förderung der Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmern überwacht. Die verwirrende Vielfalt von Schwellenwerten für gesetzliche Sonderregelungen, etwa im Sozialrecht, beim Kündigschutz oder bei der Mitbestimmung will Schleyer durch eine einheitliche Definition mittelständischer Unternehmen ersetzt wissen.

Henkel fordert Auflösung des Arbeitsministeriums.

– HB, Donnerstag, 17.8.2000. – BDI-Chef H.-O. Henkel verteidigt die Ansicht, es sei ein politischer Konstruktionsfehler, dass der Sozialminister auch für den Arbeitsmarkt zuständig sei. Beschäftigungspolitik sei Sache des Wirtschaftsministers. „Die Überwachung einer Arbeitslosenbehörde könne auch ohne eigenes Ministerium erfolgen“, sagte Henkel.

Geringere Steuern auf Mitarbeiter-Optionen.

– HB, Freitag/Samstag, 18./19.8.2000. – In einem Positionspapier von BDI und VCI (Verbandes der Chemischen Industrie) wird die Bundesregierung aufgefordert, eine neue gesetzliche Grundlage zur geringeren Besteuerung von Aktionoptionen für Beschäftigte zu schaffen. Kursgewinne aus Aktienoptionen, sollen künftig nicht mehr als Arbeitslohn voll der Einkommensteuer unterliegen, sondern nur noch mit einer deutlich geringeren Steuer belastet werden. Der Bundeskanzler kündigte an, die Optionsbesteuerung zum Thema des Bündnisses für Arbeit zu machen.

Kündigungen gegen rechtsextreme Beschäftigte.

– HB, Montag, 21.8.2000; HB, Donnerstag, 17.8.2000. – Der BDI hatte Anfang des Monates die Unternehmen aufgerufen, mit Kündigungen gegen rechtsextreme Aktivitäten von Mitarbeitern vorzugehen. Nach Ansicht des innenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion ist dazu keine Verschärfung des Arbeitsrechts nötig. „Es gibt ausreichend rechtliche Möglichkeiten, rechtsradikalen Mitarbeitern zu kündigen, wenn sie mit rassistischen Anfeindungen den Betriebsfrieden stören,“ sagte Wiefelspütz. Allerdings solle man hier mit Augenmaß vorgehen. Er warnte vor „betrieblichen Radikalenerlassen“.

Presseausswertung: rst

Politischer Wandel in der PDS Hamburg nun auch formal erfolgreich

Hamburg/Berlin, 27.8.2000 – Die politischen Veränderungen im Hamburger Landesverband der PDS, die bereits mit dem Beschluss der Landesversammlung vom 17.6.2000 und dem Stattfinden zweier Zusammenkünfte am 15.7.2000 und durch die Wahl eines neuen Vorstandes der PDS Hamburg offensichtlich wurden, waren am 27.8.2000 Gegenstand einer Schiedsverhandlung vor der Bundesschiedskommission der PDS in Berlin.

Die Bundesschiedskommission beriet im Wesentlichen in öffentlicher Sitzung, zum einen, ob der am 17.6.2000 in der PDS-Geschäftsstelle in der Altonaer Palmallee getroffene Beschluss für die Tagesordnung der Versammlung am 15.7.2000 statutengemäß gefasst worden ist. Zum anderen, ob die dort beauftragten Mitglieder der Vorbereitungsgruppe (Gen. Martin Wittmaack und Sigrid Melanchthon) berechtigt waren, zu einer Landesversammlung in die DAB-Eimsbüttel am 15.7.2000 einzuladen und ob die daraus hervorgegangenen Entscheidungen Geltung für die PDS haben.

Damit stand nicht nur zur Debatte, ob die dort gewählten Gremien Landesarbeitsausschuss, Landesschieds- und -revisionskommission die legitimen VertreterInnen der Hamburger Partei bilden, sondern auch ob die dort getroffenen Beschlüsse für diese Gültigkeit haben.

Tenor der Bundesschiedsentscheidung:

Die Anträge des bisherigen Landesarbeitsausschusses

1. den Beschluss vom 17.6.2000 für statutenwidrig zu erklären,
2. die Wahlen, Abstimmungen und deren Ergebnisse auf der Versammlung am 15.07.2000 in der DAB-Eimsbüttel für nichtig zu erklären, werden abgewiesen.

Zu 1.: 7:1 Stimmen

Zu 2.: 5:3 Stimmen

„Damit ist nicht nur“, so der Landesgeschäftsführer Roman Scharwächter, „für alle Genossinnen und Genossen in Hamburg formal klargestellt, welcher der legitime Landesarbeitsausschuss ist. Nunmehr kann in Hamburg auch politisch damit begonnen werden, nicht nur in der Partei, sondern in der gesamten Linken für Zusammenarbeit bei Kenntnis der Unterschiede einzutreten und damit eine erfolgreiche Perspektive für gesellschaftliche Veränderungen zu schaffen!“



Ulla Jelpke, die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, legte am 15.8. ein Sofortprogramm gegen Rechtsextremismus vor:

10-Punkte Sofortprogramm gegen Rechts

1. Um Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit wirksam zu bekämpfen, muss Schluss gemacht werden mit der Verharmlosung der rechten Szene und der von ihr verübten Gewalt. Polizei und Justiz müssen aufhören, organisierte und planmäßig gesteuerte rechte Gewalt als Taten „alkoholisierter jugendlicher Einzeltäter“ zu verharmlosen. Die alten wie die neuen Bundesregierung haben bisher immer den Umfang rechter Gewalt bagatellisiert.

Es ist bezeichnend, dass das Bundesinnenministerium rechtsextremistische Taten wie die Hetzjagd gegen den algerischen Asylbewerber Omar ben Noui in Guben im letzten Jahr oder die Ermordung von drei Polizisten in NRW vor wenigen Wochen nicht als „rechtsextremistische Gewalt“ oder nicht als rechtsextremistische Morde einstuft. Das Wegschauen des Staates bei rechtsextremistischer Gewalt bedeutet auch, den Opfern dieser Gewalt Schutz und Unterstützung zu entziehen.

2. Die offizielle Politik darf nicht länger den Stichwortgeber für rechte Gewalt machen. Fremdenfeindliche Parolen wie „Kinder statt Inder“ (Röttgers) oder „Die Grenzen der Belastbarkeit sind erreicht“ (Schily) oder das Propagandabild von der „Asylanflut“ müssen auch in den großen Parteien geächtet werden.

3. Bündnisse gegen Rechts und antifaschistische Organisationen dürfen nicht länger diskreditiert und an den gesellschaftlichen Rand gedrückt werden. Gerade die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden haben eine lange Tradition der Diskriminierung und sogar Verfolgung antifaschistischer Gegenwehr und Politik. Antifaschistische Organisationen und Bündnissen sollten gestärkt und gefördert werden, auch finanziell. Das sollte auf kommunaler Ebene beginnen.

4. Ein Verbotsantrag gegen die NPD allein ist noch kein wirksamer Kampf gegen Rechtsextremismus. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus müssen vielmehr in einer breiten gesellschaftlichen Diskussion und Gegenwehr isoliert und geächtet werden. Dazu gehört auch ein energetischer Einsatz staatlicher Mittel.

5. Einen Verbotsantrag gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht zu beantragen ist Sache der Bundesregierung, des Bundesrats oder des Bundestags. Faktisch entscheiden über die Einreichung eines solchen Verbotsantrages also die Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie die CDU/CSU. Die PDS-Fraktion wird, sollte ein solcher Antrag gestellt werden, dies unterstützen.

6. Ich begrüße die Anregung des Zentrums für Türkeistudien, 1 Prozent der Mittel, die bei der UMTS-Versteigerung erzielt werden, für die Verstärkung des Kampfes gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit einzusetzen. Das wären beim gegenwärtigen Stand etwa 900 Millionen DM.

Davon sollten:

- 300 Millionen DM für zusätzliche Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verwendet werden;
- 300 Millionen DM für Jugendprogramme, internationalen Jugendaustausch, Jugendzentren u.ä. Programme zumeist auf kommunaler Ebene bereitgestellt werden und
- 300 Millionen DM für kommunale Integrationsprogramme für Migranten und Flüchtlinge nach niederländischem Vorbild (Sprachkurse, Aus- und Fortbildungshilfen wie für deutsche Aussiedler, Verbesserungen des Wohnumfelds, schulische Hilfen usw.) sowie für Hilfen zugunsten der Opfer rechtsextremistischer Gewalt ausgegeben werden.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist bisher kein Schwerpunkt in der Politik der Bundesregierung. Auch die Behauptungen der Regierung, sie gebe jährlich 400 Millionen DM für die Bekämpfung von Rechtsextremismus aus, sind in der Presse zu Recht als „Eti-kettenschwindel“ kritisiert worden.

Im Haushalt des Bundesinnenministeriums sind in diesem Jahr ganze 2 Millionen DM für „Kosten der geistig-politischen Auseinandersetzung mit terroristischen und extremistischen Bestrebungen und eine bundesweite Aufklärungskampagne zu Gefahren des Extremismus und Fremdenfeindlichkeit“ eingestellt worden. Im nächsten Jahr sind bisher lächerliche 2,5 Millionen DM dafür vorgesehen. Anträge der PDS, diesen Titel deutlich zu erhöhen, sind seit Jahren sowohl von der alten wie der jetzigen Bundesregierung immer wieder abgelehnt worden.

Rechtsextremismus in Deutschland

Nicht wenige Menschen stellen sich die Frage, was heißt Rechtsextremismus in Deutschland. Parteien, Politiker, Einzelpersönlichkeiten, Medien und Spezialisten versuchen darauf eine Antwort zu geben. Erklärungen werden abgegeben und Versicherungen laut, dass man künftig mehr als bisher gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassenhass und Neonazis tun will.

Nimmt man, z.B., den PDS-Aufruf "Nicht mit uns" (Lothar Bisky, Gabi Zimmer, s. *Politische Berichte* Nr. 17, S. 21), so stellt man fest, dass bei aller guter Absicht schließlich nur Aktionismus übrig bleibt. Es werden Forderungen aufgemacht und Aktionen vorgeschlagen. Richtig, – aber wo bleibt die Suche nach den Ursachen, die Benennung der Wurzeln des Neonazismus und des Rechtsextremismus. Der bekannte jüdische Antifaschist Kurt Goldstein, ehemaliger Häftling des faschistischen Konzentrationslagers Auschwitz, Ehrenvorsitzender des VVDN-BdA und Vizepräsident des Internationalen Auschwitzkomitees, sagt: „Die Hauptmängel liegen in den Geschichtsbüchern, in denen das Aufkommen von Faschismus und Chauvinismus, seine verhängnisvolle Rolle in diesem Jahrhundert deutscher Politik völlig ungenügend, wenn überhaupt behandelt wird.“ (Bezogen ist das auf die Aussage Paul Spiegels zur Rolle der Schule.) Goldstein nennt – und das ist die Hauptsache – die Dinge beim Namen. Es wird nicht verschleiert, es wird nicht verdreht: Es ist Faschismus, was sich in diesem Lande zeigt und was sich in diesem Lande wieder bewegt.

In „Das moderne Fremdwörterlexikon“ (Verlag Nauman & Göbel, Köln) wird Faschismus als „nationalistische und totalitäre Massenbewegung oder Herrschaftssystem“ bezeichnet. In „Meyers Universallexikon“ (Verlag VEB Bibliographisches Institut Leipzig, 1978) wird dieser Satz erweitert mit „Herrschaftsform, zu der die reaktionärsten Teile des Monopolkapitals Zuflucht nehmen, wenn ihre Klassenherrschaft nicht mehr mit den Methoden der bürgerlichen Demokratie aufrechterhalten werden kann“ (S. 691). Das ist historische Erfahrung und deutsche Geschichte. Mag sein, dass diese Definition überholt ist. Aber – wer hat sich um eine neue, tiefergehende Analyse des gegenwärtig in der Bundesrepublik erkennbaren Faschismus bemüht? Wo wurde versucht, die sozialen Wurzeln zu erkennen? Wo sind die Hintermänner? (Im übrigen ist der Artikel „Münchens rechter Rand“, s. *PB* Nr. 17, S. 12, genau das Thema). Warum wird im „Leitantrag an den Cottbusser Parteitag“ (s. *PB*, Nr. 17, S. 23) nur gesagt, dass „die PDS niemals darauf verzichten wird, auch die gesellschaftlichen Ursachen“



7. Gesellschaftliche Isolierung und Ächtung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verlangt aber mehr als antifaschistische Organisationen und Bündnisse und auch mehr als energisches Handeln der Regierung. Auch die Wirtschaft muss sich beteiligen. Es kann nicht angehen, wenn Rechtsextremisten bei Tochtergesellschaften des Bertelsmann-Konzerns Bücher wie „Mein Kampf“ frei erwerben können, wenn an Kiosken und durch Grossisten Zeitungen und Zeitschriften wie die „National-Zeitung“ oder die „Junge Freiheit“ landauf landab öffentlich angeboten werden, wenn Firmen wie die Telekom Einrichtungen wie die „Nationalen Infotelefone“ dulden und gewähren lassen. Auch die Wirtschaft muss die Duldung und Vermarktung rechtsextremistischer Propagandamachwerke beenden.

8. Gesellschaftliche Isolierung und Ächtung von Rechtsextremismus bedeutet auch, die Verherrlichung des Nationalsozialismus zu verbieten und wirksam zu verfolgen. Die PDS-Fraktion hat dazu bereits im Frühjahr einen Gesetzentwurf eingereicht, der jetzt im Innenausschuss liegt und der Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“, wie sie auf Demonstrationen der NPD immer wieder skandiert werden, unter Strafe stellt. Die Regierungsparteien haben sich zu diesem Entwurf bisher nur zweideutig geäußert, die CDU/CSU sogar ablehnend. Unser Gesetzentwurf wird auch Gegenstand der Anhörung im Innenausschuss im Oktober zum Rechtsextremismus sein.

9. Rechtsextremistische Gewalt entwickelt sich auf einem breiten Bodensatz von Fremdenfeindlichkeit in dieser Gesellschaft. Ein trauriges Beispiel dafür ist die Diskussion um die Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes. Sieben Monate nach Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes hat der Bundesrat im vergangenen Monat die Verwaltungsvorschrift zur Umsetzung des neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes endlich verabschiedet – mit 88 Änderungen. In diesem Monat will nun das Bundeskabinett diese Verwaltungsvorschrift beschließen, dann tritt sie in Kraft. Das zeigt deutlich,

wie es um die Weltoffenheit und Fremdenfreundlichkeit in dieser Gesellschaft bestellt ist.

Auch die stagnierenden Einbürgerungszahlen seit Jahresanfang zeigen: die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts ist eine Pleite. Die Kompromissbereitschaft der Regierungsparteien und der FDP vor der rassistischen Kampagne von CDU und CSU hat zu einem Gesetz geführt, das die Einbürgerung nicht erleichtert, sondern möglicherweise sogar erschwert, auf jeden Fall verteutert.

Die PDS besteht deshalb auf Nachbesserungen und einer weiteren Reform im Staatsbürgerschaftsrecht. Wir müssen weg vom Blutsrecht, weg von der Diskriminierung und Verteufelung des „Doppelpass“, hin zu einem modernen, weltoffenen, demokratischen Staatsbürgerschaftsrecht.

10. Rechtsextremismus bekämpfen heißt vor allem: fremdenfeindliche Gesetze abschaffen. Im Kampf gegen Rechts ist nicht ein Abbau von Bürgerrechten erforderlich, sondern mehr Bürgerrechte, insbesondere für die Opfer rechtsextremer Gewalt, für Migranten und Flüchtlinge. Solange eine gesellschaftliche Situation fortbesteht, in der ein Zehntel der Bevölkerung systematisch ausgegrenzt und zu Menschen zweiter Klasse gemacht werden, wird rechtsextremistische Gewalt immer wieder auftreten.

Die PDS-Fraktion fordert deshalb von der Bundesregierung, alle fremdenfeindlichen Gesetze abzuschaffen und den Migranten und Flüchtlingen in diesem Land endlich gleiche Rechte zu gewähren. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Migrations- und Flüchtlingspolitik dieses Landes. Das Asylbewerberleistungsgesetz, die Abschiebehalt, das Arbeitsverbot für Flüchtlinge müssen abgeschafft werden.

Nichtstaatliche Verfolgung und frauenspezifische Fluchtgründe müssen endlich als Asylgrund anerkannt werden, wie es in anderen EU-Ländern schon lange der Fall ist. Das „Ausländergesetz“, seit Jahrzehnten Grundlage der Diskriminierung und gesellschaftlichen Isolierung von Migranten und Flüchtlingen in diesem Land, muss ersatzlos aufgehoben werden. Die zahlreichen Diskriminierungen gegen Migranten und Flüchtlinge im Arbeits- und Sozialrecht – vor allem bei der Arbeitssuche – müssen ersatzlos aufgehoben werden. Wer sich hier aufhält, muss auch arbeiten dürfen.

Die über eine Million sogenannten „illegalen“ Menschen in diesem Land müssen eine Aufenthaltsberechtigung bekommen, müssen „legalisiert“ werden. •



Bild: res

chen anzusprechen und zu bekämpfen.“ Warum werden sie nicht benannt? Es ist sicher zu einfach, auf die hohen Arbeitslosenzahlen im Osten zu verweisen. Oder festzustellen, dass bes. für Jugendliche Lehrstellen fehlen oder in Wort und Bild Gewalt und Menschenverachtung schon frühzeitig an Kinder und Jugendliche herangebracht wird.

Aktuellste Ereignisse zeigen, dass rechtes Denken, faschistisches Gedankengut in dieser Gesellschaft, die auf Maximalprofit und blanken Individualismus ausgerichtet ist, entsteht. Ministerpräsident Roland Koch, Hessen, rechtfertigt faktisch den Neonazismus, wenn er meint, dass von Parteien und Medien der Rechtsextremismus „dramatisiert“ wird. Betrachtet man die letzte Zusammenkunft der IG-Farben-Aktionäre, so wird klar, wo nach wie vor rechtes Denken ausgetragen wird.

Wenn Wirtschaft und Gesellschaft der Profitmaximierung untergeordnet werden, die Gesellschaft in Arm und Reich gespalten wird, kommt es zur Verschärfung sozialer Gegensätze. Zugestanden, dass die im Osten stärker wirken als im Westen. Aber Tatsache bleibt, dass sie in allen Gesellschaftsbereichen wirken und für viele Menschen eine Bedrohung darstellen. Die Geschichte Deutschlands liefert ein Beispiel dafür, wie sich soziale Gegensätze entladen können. Der Faschismus brachte mit seinen menschenfeindlichen und rassistischen Lösungen, der Ausnutzung der Deutschtümelei und der „Große Deutschlands“ Massen hinter sich, die unter der Losung „Lebensraum Osten“ in einen blutigen und zerstörerischen Krieg zogen. Die Herrschenden brauchen eine solche rechte Flanke und nutzen sie, wenn sie diese benötigen. Rechtsextremismus und Rassismus sind Produkt dieser Entwicklung.

Sicher hat Gregor Gysi Recht, wenn er sagt, dass die Umstände der deutschen Vereinigung mitverantwortlich sind für den Rechtsextremismus in den neuen Ländern. Nur – er findet hier Menschen, die auf Grund ihrer sozialen Lage und ihrer Erfahrungen nach der Vereinigung bereit sind, sich verführen zu lassen. Hat nicht auch die Gleichsetzung des Regimes der DDR mit dem Nationalsozialismus dazu beigetragen, diese Tendenz zu

befördern? Bisky, der sich in diesem Sinne zu diesem Thema äußerte, fügte allerdings hinzu, dass der Rechtsextremismus auch in der DDR seine Wurzeln gehabt hätte. Herangezogen wird dafür das Argument der autoritären Organisation der Gesellschaft (s. auch André Brie). Ein nicht sehr stichhaltiges Argument: Die jungen Menschen, die sich heute als Gefolgsleute rechter Rattenfänger hergeben, steckten zu DDR-Zeiten noch in den Kinderschuhen. Es schmerzt schon, solche Einschätzungen zu hören, wenn einiges Erleben andere Erfahrungen vermittelt: Tausende jungen Menschen studierten im sozialistischen Ausland; Tausende DDR-Bürger leisteten solidarische Hilfe in Kuba, Angola, Mocambique, Äthiopien und anderswo. Waisen aus Bürgerkrieg führenden afrikanischen Ländern wuchsen in der DDR, ja in DDR-Familien, auf. DDR-Bürger kamen durch bewaffnete Überfälle, Minen und Gräueltaten in afrikanischen Ländern um. Es war durchaus nicht so, dass das „verordnete Solidarität“ war oder unter „verordnetem Antifaschismus“ abgehakt werden kann. Heute Sechzigjährige, die den faschistischen Krieg noch am eigenen Leibe erfahren, gingen in die Zeit nach 1945 mit der persönlich erfahrenen Erkenntnis: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! in ihr Leben. Eine Wehrmachtaustellung, in den alten Bundesländern beschimpft und verunglimpt, wäre nicht verschrien worden. Viele Menschen wussten, was Deutsche angerichtet hatten.

Es gehört sicher zu den Zickzackwegen der Geschichte, dass die Sieger von Heute die Geschichte verfälschen und die wahren Ursachen des Faschismus verdrehen können. Linke allerdings wenden sich gegen diesen Zeitgeist und fordern wie Kurt Goldstein: „Wenn wir wollen, dass Deutschland endlich, nach allen Irrungen und Wirrungen des 20. Jahrhunderts, ein Land wird, in dem Demokratie, Humanismus und Toleranz das innere und äußere Erscheinungsbild bestimmen, dann müssen sich alle gesellschaftlichen Kräfte, die für Demokratie, Humanismus und Toleranz eintreten, auf gesamtstaatlicher, auf Länderebene und in Kommunen zusammenfinden.“

abe

**Konkrete Demokratie –
Soziale Befreiung.
ArGe in und bei der PDS**

Sommerschule 2000

AG Geschichte

Kulturrevolution: Ringen um Weg zu neuer Gesellschaft oder Inszenierung „von oben“ ?

Die AG Geschichte beschäftigte sich in der diesjährigen „Linken Sommerschule“ der ArGe „Konkrete Demokratie/Soziale Befreiung“ mit dem Thema „Chinesische Kulturrevolution“. Wie in den Seminaren üblich, wurde das Thema an Texten und Quellen gemeinsam erarbeitet. Den Teilnehmern wurde gleich zu Anfang klar, wie wichtig es ist, die lange Vorgeschichte – beginnend mit 1949 und sogar noch davor – zu betrachten, um die Kulturrevolution als Ereignis einigermaßen verstehen und einordnen zu können.

Ganz wichtig ist dabei die Beschäftigung mit den Ereignissen des „Großen Sprungs“ (Mitte der 50er-Jahre). Er war der Versuch einer Industrialisierung der chinesischen Wirtschaft durch kleinere dezentrale Wirtschaftseinheiten – zum Teil bis hin zu Hochöfen in kleinen Dörfern. Das Problem: Die Art und Weise dieses Versuches ignorierte die Tatsache bzw. Notwendigkeit, dass entsprechendes fachliches Wissen, geeignete Technologie und Logistik vorhanden sein müssen, damit so ein „Projekt“ gelingen kann. Die z.T. sehr engagierten Landbewohner vernachlässigten über ihre Versuche, industrielle Produktionsverfahren auf dem Land einzuführen, die Arbeit in der Landwirtschaft. China war damals schon ein sehr bevölkerungsreiches Land und nur ein kleiner Teil der Gesamtfläche ist landwirtschaftlich nutzbar. Angesichts dieser Fakten verwundern die Auswirkungen des „Großen Sprungs“ nicht, so z.B. Hungersnöte. Zu bedenken ist auch, dass China ab Ende der 50er-Jahre zunehmend in außenpolitische Isolation gerät und durch die Aufkündigung wirtschaftlicher, technologischer und militärischer Unterstützung durch die UdSSR gezwungen ist, eine eigenständige Lösung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme zu finden.

Eine Antwort auf das Desaster des „Großen Sprungs“: Die Eigentumsver-

hältnisse, die sich nach der Schaffung der Volkskommunen herausgebildet hatten, werden rückgängig gemacht, gesellschaftliche bzw. soziale Differenzierung entsteht verstärkt. Vertreter dieses neuen Kurses sind Liu Shaoqui und Deng Xiaoping. Folge: u.a. bildet sich eine Schicht privilegierter Kader, die sich z.T. wie „kleine Kaiser“ benehmen, Elite-Universitäten entstehen, ein „Vertragsarbeiter“-Status wird geschaffen, der die Betroffenen schlechter stellt als Facharbeiter in den Städten. Bürokratisierung greift in den Partei- und Staatsstrukturen um sich. Mao und seine politischen Positionen verlieren erheblich an Einfluss. Er zieht sich aus der Parteiführung zurück. Diese wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen führen zu sozialen Spannungen.

Die Kulturrevolution kann als Reaktion auf diese Entwicklungen gesehen werden. Nicht umsonst richtet sie sich gegen die Verbürokratisierung, gegen die (privilegierten) Kader und gegen die „die den kapitalistischen Weg gehen“. Damit ist klar: Die Kulturrevolution und ihre Forderungen treffen mit einer tatsächlich gegebenen gesellschaftlichen Konfliktlage zusammen. Aber ebenso nicht zu übersehen ist: Die Kulturrevolution stellte für Mao eine Möglichkeit dar, sich und seinen politischen Positionen mit Hilfe politischer Kräfte außerhalb der Partei(führung) wieder Einfluss zu verschaffen. Mao solidarisierte sich denn auch mit den Akteuren der Kulturrevolution. Zu Beginn Schüler und Studenten, dann auch Armeeangehörige und andere. Es entstanden „Rote Garden“ und Gruppen „Roter Rebellen“.

Louis Barcata, der als einer der ersten ausländischen Journalisten zu Beginn der Kulturrevolution durch einige Städte Chinas reisen konnte, schildert ein Ereignis, bei dem schön deutlich wird, was die vielen jungen Leute auf die Straßen trieb. Mitten in Kanton wird er auf einer Straße in ein Gespräch mit jungen Leuten verwickelt. Eine junge Frau antwortet auf seine Frage: was sie unter der Kulturrevolution verstehen.

„Wir können nicht bei dem stehen bleiben, was Marx und Lenin lehrten. Das hat damals Gültigkeit gehabt. Die Welt hat sich geändert. Eine Industriegesellschaft, wie die Sowjetunion sie aufbaut, lässt diesen Staat mit der Zeit automatisch zur imperialistisch orientierten Kolonialmacht werden. Sehen Sie, wir hatten eine total erstarrte Bürokratie. Seit fünfzehn Jahren immer und überall die gleichen Namen. Derselbe Ministerpräsident, dieselben Parteisekretäre und die unabsetzbaren, nur sehr dick und alt gewordenen Generale. Was soll das alles? Ein System war durch das andere abgelöst worden. Aber was hatte sich sonst

geändert? Wer konnte uns davor bewahren, dass in China dasselbe geschah, was in der Sowjetunion mit dem Sturz Stalins – oder schon vorher – begonnen hatte und was aus der sozialistischen Weltführungsmacht einen Staat geformt hatte, dessen Politik sich von der der Vereinigten Staaten von Nordamerika überhaupt nicht unterscheidet? Wissen Sie, dass bei uns Leute eingekerkert wurden, weil sie etwas sagten? Nicht gegen den kommunistischen Staat, sondern gegen jene etwas sagten, die ihn wieder – vielleicht ohne es zu wissen – auf den kapitalistischen Weg führten? Nun, das hat sich gründlich geändert, heute dürfen wir, heute müssen wir alles sagen. Alle Schleusen der Kritik sind offen. Wir sind in Peking zum Premierminister gegangen und haben ihm auseinandersetzt, dass uns der fette Tschen Yi als Außenminister nicht passt. Tschu hat gefragt: Warum passt er euch nicht? Jemand hat geantwortet: Uns passt ein Mann nicht, der zu einer ausländischen Delegation ein paar französische Sätze spricht und dann noch stolz darauf ist. Was soll das? Ich weiß nicht, ob Tschu uns verstanden hat, aber auf jeden Fall ist etwas erreicht: Wir, die jungen Leute, denen dieses Land einmal gehören wird, wir können heute zum Regierungschef gehen und ihm erklären, was uns nicht passt. Wir können auf den Wandzeitungen schreiben, was seit zwanzig Jahren nicht mehr geschrieben werden durfte. Wissen Sie, was die Kulturrevolution ist? Sie ist ein Fest der Kritik. Und was hat sich dabei herausgestellt? Die Jugend ist in der saubersten Weise, die sich die Partei nur wünschen kann, kommunistisch. Sie ist aber auch

puristisch, und sie ist puritanisch. Sie will keine Bonzen in dicken Häusern mit großen Gärten, in denen gichtige alte Männer die Blumen gießen. Sie will keine Professoren, die aus allem eine eigene Lehre und ein System machen, an das man sich, wenn es einmal aufgestellt ist, sklavisch halten muss. Wissen Sie, was wir möchten? Wir möchten, dass unsere Regierung in der Innen- und Außenpolitik stets die Wahrheit sagt und dass ein Minister nicht mehr verdient als ein Werkmeister.“ (S.54/55) (Louis Barcata: *China in der Kulturrevolution. Ein Augenzeugebericht*. Wien, 1967)

Millionen Anhänger der verschiedenen Gruppen der Roten Garden und Roten Rebellen ziehen nun durch ganz China und versuchen ihre Träume von der besseren Welt umzusetzen. In den Roten Garden organisieren sich Schüler und Studenten, in den Roten Rebellen die Jungarbeiter und Vertragsarbeiter, die unter miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Fabriken arbeiten mussten. Die chinesische Gesellschaft wurde innerhalb weniger Jahre umgewälzt. In Schulen, Universitäten, Fabriken und in der Verwaltung sollten die libertären Grundsätze der aufbegehrenden Jugend sofort angewandt werden. Dies stieß auf heftige Gegenwehr vor allem aus dem Bereich der Kader in Partei und Verwaltung und der Facharbeiterchaft. Deren Vorstellung eines industriellen Aufbaus Chinas, von dem sie profitierten, sah anders aus. Zunächst prallten hier scheinbar unüberbrückbare Gegensätze aufeinander. Die Widersprüche verschärften sich so, dass sie militärisch und gewalttätig ausgetragen wurden.

Mehrere Tage dauerten die Kämpfe z.B. in Shanghai zwischen den verfeindeten Gruppen. Aber auch in anderen Städten. Die Kämpfe forderten Tausende von Toten. Es kam zu Pogromen gegen Parteikader und Vertreter aus Universität, Schule und Staatsverwaltung. Ein Übergreifen auf den Produktionsbereich sollte verhindert werden, um negative Folgen wie beim „Großen Sprung“ zu vermeiden. Das gelang letztendlich nicht.

Mao vertrat den Standpunkt, in dieser Auseinandersetzung Gewalt eher nicht anzuwenden. China befand sich in einem revolutionären Chaos. Dass es so nicht weitergehen konnte, war klar. Was tun? Die Lösung kam wie so oft in China vom Land her. Nach fast zweijährigen blutigen Auseinandersetzungen bildeten sich in den ländlichen Provinzen sogenannte Revolutionskomitees. Vertreter der Roten Rebellen, der Kader und Facharbeiter und der Armee hockten sich zusammen, um die unterschiedlichen Vorstellung über den weiteren Weg Chinas zu diskutieren und gefundene Lösungen umzusetzen. Dieses Modell, das auch



Was ein Mann kann, kann auch eine Frau!
hier: Mit Hilfe zuständiger Betriebe gelang einigen Arbeiterinnen der Instrumentenfabrik Hsingkuang die versuchsweise Herstellung des automatischen Analysenapparats.

Aus einer Propagandabroschüre

unter dem Namen der „revolutionären Dreierverbindung“ bekannt wurde, setzte sich dann in den nächsten Jahren in ganz China um. Es begann dann verstärkt nach dem 9. Parteitag der KP Chinas 1969 eine produktive Phase, in der in Schule, Universität, Verwaltung und Fabrik die unterschiedlichsten Formen kollektiven Wirtschaftens und solidarischen Zusammenlebens geprobt wurden. Diese Phase konnten wir leider nicht mehr behandeln, weil die drei Tage Kurszeit schon vorbei waren. Vor allem bleibt noch die wichtige Untersuchungsaufgabe, nämlich wie aus der Phase der Revolutionskomitees das heutige China wurde. Beide Konzepte unterscheiden sich doch ziemlich voneinander. Dazwischen lag aber keine weitere Kulturrevolution mehr, sondern ein fließender Übergang. Hier ist noch Forschungsbedarf.

•
Während des Seminars gab es noch zwei interessante Vorträge:

Eike Kopf (Mitarbeiter der Marx-Engels Gesamtausgabe MEGA, dort zuständig für die chinesische Ausgabe) berichtete über seine (politischen) Erfahrungen im Laufe eines einjährigen China-Aufenthalts 1998/99 (Übersetzung von Marx/Engels ins Chinesische). Die (offizielle) Einschätzung (dort 1999): Die Kulturrevolution hat Chinas Entwicklung um ca. 30 Jahre verzögert.

Bernd Rumpf, der es in einem Referat unternahm, die chinesische Kulturrevolution in den Zusammenhang mit anderen „(Kultur-)Revolutionen“ einzuordnen und eine mögliche Begriffsdefinition zu geben, ist der Ansicht: „„Anders leben“. Diese Forderung ist uneingelöst, wie sehr es sich auch anders lebt als vor 68. „Dass sich die ganze Scheiße wiederherstellt“, ist nach dem Debakel der Gegenrevolution 89 ein sichtbares Problem. „Anders leben“ ist momentan kein von größeren gesellschaftlichen Gruppen artikuliertes Ziel. (...) Das eigentliche Problem liegt in der Aufgabe der Wiedergewinnung des emanzipatorischen Anspruchs. (...) Spöttisch lächeln die Banker über die Denker. Das Zentrum der Kultur ist die Börse.“

•
Wichtiger Aspekt der „Jahreszeiten-Schule“ ist auch: der Austausch von „Ost-West“-Erfahrungen zwischen in der linken Politik engagierten Menschen. Die Teilnehmer der „Jahreszeiten-Schule“ hoffen, dass sich an den nächsten Seminaren im Winter 2000/2001 und im Sommer 2001 noch mehr interessierte Leute aus Thüringen und anderen östlichen Bundesländern beteiligen. Die Seminare der Geschichts-AG werden unter dem Oberthema: „Diktatur des Proletariats oder sozialistische Demokratie?“ stehen. Im Winter soll die Problematik an den Beispielen Kronstadt und Mitteldeutscher Aufstand erarbeitet und diskutiert werden. Im Sommer steht dann die Geschichte der KPD von 1918 bis 1933 auf dem Programm.

S. Steck / Hardy Vollmer

AG Philosophie:

Theorien der Gerechtigkeit

Seit einiger Zeit fasst die PDS ihre politischen Bestrebungen in der Losung „Gerechtigkeit“ zusammen („Partei der Gerechtigkeit“). Bemerkenswerterweise fand und findet eine Diskussion darüber nicht statt. Das ist allein schon deshalb problematisch, weil die PDS wahrhaftig nicht die einzige politische Kraft ist, die „Gerechtigkeit“ auf ihre Fahnen geschrieben hat. Von der CSU bis zur PDS führen die Parteien ihre politischen Auseinandersetzungen unter Berufung auf Gerechtigkeit, mit der sich unterschiedlichste, ja gegensätzliche Vorstellungen verbinden. In der alten BRD nahmen liberale Verfechter der „sozialen Marktwirtschaft“ Gerechtigkeit ebenso in Anspruch wie die katholische Soziallehre oder die Sozialdemokratie. Die PDS, die sich als „Partei der Gerechtigkeit“ zu profilieren sucht, trifft auf tief in der europäischen Geschichte verwurzelte Gerechtigkeitsvorstellungen, löst unweigerlich Gedankengänge aus, die nicht unbedingt beabsichtigt sind und die deshalb bekannt und bedacht werden müssen.

Daher hatten wir die Auseinandersetzung mit verschiedenen Theorien der Gerechtigkeit zum Thema unseres diesjährigen Philosophie-Kurses der Linken Sommerschule gemacht.

Die Texte, die wir gemeinsam lasen und diskutierten, machen den in mehrerer Hinsicht ambivalenten Charakter des Begriffs der Gerechtigkeit deutlich.

•
In der jüdischen Tradition hat der Begriff der Gerechtigkeit eine große Bedeutung und spielen die damit verbundenen Vorstellungen eine wichtige Rolle. Wir begannen mit einem Text des Propheten Micha (8. Jahrhundert v.d.Z.), ein scharfer Kritiker der sozialen und politischen Verhältnisse seiner Zeit, der die schöne soziale Utopie einer – durchaus diesseitigen – Welt ohne Kriege und Zwist entworfen hat, in der jeder Mensch sein Auskommen hat (*Altes Testament, Micha, 4.*). Dieses gerechte „Friedensreich“ stiftet, so der Prophet, nach der großen Katastrophe der Zerstörung Jerusalems der richtende Gott.

Noch stärker als hier ist Gott im Neuen Testament beim Evangelisten (*Matthäus, 5, Bergpredigt*) Ziel aller Erwartungen einer „neuen Welt“ – freuen dürfen sich die, die nur noch von Gott und nichts von sich erwarten. Überdies schien uns die christliche Entwicklungsrichtung den Mühseligen und Beladenen eher ein Versprechen für das Jenseits zu geben, so dass die Gerechtigkeitserwartung vergleichsweise kraftlos bleibt. Gleichwohl bringt das Verlangen nach Gerechtigkeit in den beiden biblischen Texten die Hoff-

nung der unter dem Elend der Verhältnisse Leidenden auf Erlösung zum Ausdruck.

Demgegenüber begründet Gerechtigkeit beim griechischen Philosophen Platon (427-347) Herrschaftsverhältnisse, d.h. eine staatliche Ordnung, die jedem seinen festen Platz zuweist. Gerechtigkeit besteht nach Platon darin, dass jeder die ihm zugewiesene Aufgabe erfüllt – der Nährstand die Gesellschaft ernährt, der Wehrstand die Gesellschaft bewacht, die Philosophenherrscher herrschen – „und sich nicht in alles einmischt“. (*Der Staat, Auszüge aus dem Vierten Buch*). Platon verlegt die Grundlage seiner Ordnungsvorstellungen in die menschliche Seele, naturalisiert so die von ihm als Utopie entworfene Gesellschaft, die Beziehungen zwischen den Menschen, ihre Hierarchie. Er setzt die Philosophenherrscher mit der Vernunft gleich, die den Menschen zu leiten habe, den Wehrstand mit dem Mut und den Nährstand mit der zu beherrschenden Begierde. So verbündet sich Gerechtigkeit bei Platon nicht mit Kritik und Widerstand der Unterdrückten, schließt sie vielmehr aus.

Für Platon ist Gerechtigkeit eine Idee, der die Wirklichkeit möglichst weitgehend angepasst werden muss. Aristoteles (384-324 v.d.Z.) geht dagegen in seiner Gerechtigkeitslehre (*Nikomachische Ethik, Buch V*) von den gesellschaftlichen Erscheinungen aus, von der Analyse des menschlichen Strebens und der Beziehungen, die die Menschen dabei eingehen. Für ihn ist Gerechtigkeit die hervorragendste Tugend, und zwar in Bezug auf andere; ihr Maßstab ist die Glückseligkeit des Gemeinwesens. Als „austeilende“ sorgt sie für eine gerechte – d.h. Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelnde – Verteilung gesellschaftlicher Güter, als „ausgleichende“ regelt sie die Beziehungen einer arbeitsteiligen Gesellschaft auf der Basis von Gleichheit und Gegenseitigkeit. Bei Aristoteles stiftet nicht ein höhres Wesen – Gott oder eine objektiv existierende Idee – Gerechtigkeit, das Streben nach Gerechtigkeit ergibt sich vielmehr aus dem menschlichen Bedürfnis, und zwar nach gutem Leben. Allerdings erscheinen – die Begriffe „austeilend“ und „ausgleichend“ legen das bereits nahe – die Individuen nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Gerechtigkeit, die als eigentliches Subjekt vorkommt. Der Rahmen, in der sie das Ziel des menschlichen Handelns ermöglicht, ist bei Aristoteles die griechische Polis. Damit ist zugleich eine wichtige Einschränkung zu machen: Aristoteles Gerechtigkeitstheorie bezieht sich wie seine ganze Tugendlehre letztlich eben nicht auf die gesamte Gesellschaft, sondern auf den Ausschnitt, der des Kampfs um Selbsterhaltung enthoben ist, in dem Unfreiheit, Not und wirtschaftliche Abhängigkeit keine Rolle spielen: auf die wirtschaftlich unabhängigen männlichen Bürger, die nicht gezwungen sind, für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten

und die so in Verhältnissen leben, dass sie sich der Entwicklung der höchsten Tugenden widmen können.

Jahrhunderte später greift u.a. Moses Maimonides (1135-1204) zahlreiche Elemente der aristotelischen Sittenlehre auf und verschmilzt sie mit den in der jüdischen Ethik verwurzelten Gerechtigkeitsvorstellungen („du sollst .../ sollst nicht ...“). Die Fragestellung seiner Sittenlehre (*Auszüge aus „Hilchoth Deoth“*) ist die Annäherung an Gott („Gott in den Handlungsweisen zu gleichen“). Das weist auf Vorstellungen der mittelalterlichen Philosophie, dass der Mensch dank der ihm von Gott gegebenen Vernunft Gott erkennen kann. In diesem mittelalterlichen Denken – wirkmächtig bis in die heutige Zeit vor allem Thomas von Aquin – ist Gott die Quelle der Gerechtigkeit („Das Gute in der Welt kommt aus einer vollkommenen Ursache“, Thomas von Aquin. In dem Zusammenhang geschichtlicher Gerechtigkeitstheorien sollte der Kirchenvater unbedingt mit berücksichtigt werden.) Danach haben sich die Menschen wie ihre gesellschaftliche Ordnung auszurichten.

•

Wie wir feststellten, spielt in der PDS-Diskussion (spätestens mit Gysis Ingolstädter Manifest) stillschweigend die Gerechtigkeitstheorie des amerikanischen Philosophen John Rawls (*Auszüge aus: „Eine Theorie der Gerechtigkeit“*, 1971) eine zentrale Rolle. Rawls entwickelt seine Theorie der Gerechtigkeit als Fairness (unter Rückgriff auf die Gesellschaftsvertrags-Theorien von Kant und Rousseau) in Auseinandersetzung mit dem Utilitarismus, der im angelsächsischen Raum großen Einfluss hat und der zum Maßstab auch von Gerechtigkeit die Nützlichkeit erhebt. Rawls bezeichnet Gerechtigkeit als höchste Tugend sozialer Institutionen. Ihm zufolge würden sich in einem dem Naturzustand ähnlichen „Urzustand“ freie und vernünftige Individuen unter einem Schleier des Nichtwissens, d.h. in Unkenntnis ihrer besonderen sozialen, ökonomischen und politischen Umstände, für zwei Grundsätze der Gerechtigkeit entscheiden: Danach habe jeder Mensch erstens gleiches Recht auf ein größtmögliches System von Grundfreiheiten unter der Voraussetzung, dass dies mit dem der Freiheit für alle zusammenstimmt; zweitens (dem ersten Grundsatz untergeordnet) sind Ungleichheiten bei der Verteilung von gesellschaftlichen Grundgütern nur soweit akzeptabel, als alle und insbesondere die schlechter gestellten Gesellschaftsmitglieder davon Vorteil haben.

Wir sahen in dieser in vieler Hinsicht stringenten und einleuchtenden Theorie, die Maßstäbe für die Kritik von Institutionen und für reformerische Politik liefert, ein grundsätzliches Problem: Wird mit der Konstruktion des „Schleiers des



Gott ist die Quelle der Gerechtigkeit – Die Ketzer müssen brennen! Hier der Reformator Hus, der mit dem Versprechen des freien Geleits vor das Konzil von Konstanz gelockt worden war. Hus' These: Nullus est dominus, dum es in peccato mortali. Modern gesagt: Ungerechte Herrschaft ist illegitim.

Nichtwissens“ nicht von den historischen Voraussetzungen jeder Gerechtigkeitsvorstellung abstrahiert? Von den konkreten, historischen Gesellschaften? Wird nicht ein abstrakt menschliches Individuum vorausgesetzt statt davon ausgegangen, dass die konkreten Individuen Bedürfnisse haben und Interessen verfolgen, die durch die gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Stellung in der Arbeitsteilung geprägt sind, aber auch durch die herrschenden Auffassungen u.a. auch von Recht und Gerechtigkeit? Nach Rawls schließen die vereinzelten Individuen ja nicht tatsächliche, sondern fiktive Verträge. Werden nicht die durch die gesellschaftliche Ordnung verletzten Interessen, die zur Kritik nicht nur an der Verteilung der gesellschaftlichen Grundgüter, sondern an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung führen, in Universalität beanspruchenden Regeln eingesperrt? Werden die Maßstäbe der Kritik nicht sozusagen außerhalb der konkreten Gesellschaft gesucht, in den fiktiven Verträgen, die nichtwissende abstrakte Individuen im „Urzustand“ abschließen?

Gesichtspunkte zu einer solchen Hinterfragung der „Gerechtigkeit als Fairness“ liefert der amerikanische Sozialwissenschaftler Michael Walzer (*Auszüge aus: Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*, 1983). Er hebt den relativen Charakter der verteilenden Gerechtigkeit hervor – jede Gesellschaft entwickelt interne Gerechtigkeitsstandards; die Kritik entsteht auf dem Boden eben dieser Gesellschaft – und entwickelt das „Konzept der

komplexen Gleichheit“ als Form egalitärer Politik, nicht allgemein, sondern als Konzept politischer Opposition in den USA von heute.

Einige Schlussfolgerungen für eine sozialistische Strategie

Die Debatte um die Parole der PDS als „Partei der Gerechtigkeit“ muss geführt werden. Zum mindesten bedarf sie einer ausdrücklichen Begründung und Interpretation, die die Gerechtigkeitsvorstellungen konkretisiert und bestimmt auch ausschließt. Der Bezug auf den Diskurs, in dem Rawls steht, erschließt sich nicht von selbst, schon gar nicht in den der PDS verbundenen Milieus im Osten: Der Sozialismus der DDR war weniger durch die Marxsche Vorstellungen der „Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft“ und der Selbstregierung geprägt als durch das Fichtesche oder Hegelsche Erbe, d.h. durch Vorstellungen vom Staat als Verkörperung des Vernunftgesetzes, durch den das Individuum erst zum Menschen wird. Diese Tradition ist mit dem Zusammenbruch der DDR nicht einfach erledigt. Der Bezug auf Gerechtigkeit, die mit Rawls als Fairness verstanden wird, setzt also

Arbeit voraus, Auseinandersetzung, insbesondere mit der Vorstellung, dass Gerechtigkeit etwas ist, das irgendwie von oben gestiftet wird (wie die Formulierung von der „Partei der Gerechtigkeit“ hierzulande unvermeidlich verstanden wird: die PDS als Stifterin von Gerechtigkeit).

Unter dem Begriff der Gerechtigkeit lassen sich Emanzipationsbestrebungen m.E. nur aufgreifen, wenn man sich des ambivalenten Charakters dieses Begriffs bewusst bleibt. Richtet sich das Begehr auffällig auf „gerechte“ Verteilung, auf größeren Anteil an den gesellschaftlichen Gütern, mehr Geld, Umlenkung von Transfers etc., bleibt also die Forderung nach Gerechtigkeit auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum beschränkt, bleibt der Staat als Stifter unberührt, ja praktisch unangreifbar, wie sehr auch die entsprechenden Forderungen gerecht-fertig sein mögen. So beschränkt, taugt Gerechtigkeit nicht für eine sozialistische Strategie der Befreiung. Die Würde und das erstrebenswerte „gute Leben“ des Menschen besteht darin, dass er sein Schicksal aktiv mitbestimmt und die Teilhabe durch Teilnahme gewinnt. Die Forderungen nach Gerechtigkeit müssen sich daran messen lassen, ob sie darauf abzielen, die aktive Teilnahme aller an den Institutionen und Entscheidungsprozessen zu fördern und so zugleich Herrschaft zu delegitimieren. Für eine solche sozialistische Strategie liefern die Theorien insbesondere von Aristoteles, Rawls und Walzer eine Menge Bausteine.

Berichterstattung: Christiane Schneider

9. September, Fulda: Sitzung des Arbeitsausschusses des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, 11.30 Uhr, Nähe Bahnhof

Freitag, 15. bis 17. September, Arnoldshain: Tagung des Komitees für Grundrechte und Demokratie „*Verpolizeilichung der Bundesrepublik Deutschland – Polizei und Bürgerrechte in den Städten*“, Ev. Akademie Arnoldshain/Taunus (<http://www.evangelische-akademie.de>). Kontakt: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11 (HH), 50670 Köln, Tel.: 0221/9726930, Fax: 0221/9726931, E-Mail: Grundrechekomitee@t-online.de - Internet: <http://www.friedenskooperative.de/komitee.htm>

15./16. September, Berlin: Konferenz: *Die Frage nach Gott als Frage nach dem Menschen. Christlich-marxistischer, religiös-sozialistischer Dialog – Geschichte und Perspektiven.* Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit der Gesellschaft zur Förderung des christlich-marxistischen Dialogs e.V. anlässlich des 75. Geburtstages von Milan Machovec. Ansprechpartnerin: Dr. Cornelia Domaschke (030-29781151)

16. September, Fulda: *Politische Ökonomie heute, 3. Kurstag.* Beginn 10.30 Uhr DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

16. September, Köln: „*Neue Ökonomie“ am Beispiel der Privatisierung öffentlicher Dienste in der EU.* Eine Veranstaltung der Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) in Zusammenarbeit mit dem Memento e.V. Es spricht: Michel Husson, französischer marxistischer Ökonom. Beginn: 12 Uhr, Ende ca. 19 Uhr. Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Kleines Forum, Melchiorstr. 3

16. September, Berlin: „*Eingebürgert – und was dann? Minderheiten in Deutschland.*“ Rosa-Luxemburg-Stiftung U.a. mit: Eckhardt Barthel (SPD-MdB), Ulla Jelpke (PDS-MdB), Dr. Norman Weiß (Uni Potsdam), Prof. Norman Paech (HWP Hamburg), VerteterInnen des SSW (angefragt), kurdischer, türkischer und anderer Verbände. Ansprechpartner: Dr. Florian Weis (030-2978 1164)

30. September, Berlin: Wissenschaftliches Kolloquium „*Zur Kriegsfrage in der Geschichte der Sozialistischen Bewegung. Der Krieg auf dem Balkan 1999 und die alternative Sicht*“. Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V. Beginn: 10:00 Uhr, Ende: 16:15 Uhr, Klub am See, Wriezener Str., 15344 Strausberg, Ansprechpartnerin: Dr. Cornelia Domaschke, Tel.: 030/29781151; Fax: 030/29784222

5./6. Oktober, Berlin: *Interkontinentales Forum der Rosa-Luxemburg-Stiftung.* Eröffnung Do, 11.15, Plenum, ab 15.30 bis 19.00 mehrere parallele Podien mit internationaler Besetzung: Die Fassaden der Barbarei; Theorie und Praxis des Neoliberalismus; Gerechtigkeit und Menschenrechte; Der Diskurs der Religionen und Weltanschauungen; Die neue Imperialordnung und ihre Kriege; Demokratie und Differenz – „Differenz und Vielfalt als Norm“; Kampffeld internationales Handels- und Finanzsystem. Fortsetzung am Freitag 10 Uhr mit einem 2. Block von Podien: Bauern- und Landlosenbewegungen; Schüler- und Studierendenbewegungen; Kampf um Arbeit und Lohnarbeit; Bewegungen sozial Ausgegrenzter; Anti-rassistische Bewegungen; Geschlechterbewegungen. Ab 15.30 Abschlussplenum. Anmeldung: Jens Ilse, Tel. (030) 29 78 11 73

6.-8. Oktober, Berlin: Bundeskongress der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen zum Thema *WTO und soziale Bewegung im globalen Kapitalismus*. Eröffnung Freitagabend. Am Samstag sind Arbeitsgruppen vorgesehen, u.a. zu: Erfahrungen der Anti-WTO-Bewegung, Gender und Globalisierung, Internationalisierung gewerkschaftlicher Kämpfe, Subsistenz, Migration und Rassismus, städtische Politik und Widerstand, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen, Gewalt im globalen Kapitalismus, Kritik der Arbeit – Ende der Lohnarbeitsgesellschaft, kritische Solidarität, Global Governance und internationale Regulierung, Virtueller Widerstand – Strukturwandel internationaler Öffentlichkeit. Weitere Infos: BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. (040) 39 31 56, Fax 3 90 75 20, e-Mail: BUKOHH@t-online.de www.epo.de/buko/index.htm

14./15. Oktober, Cottbus: 7. Parteitag der PDS, 1. Tagung. (Die Delegiertenwahlen für den 7. Parteitag der PDS beginnen mit der Einberufung der 1. Tagung und sind bis zum 17. September 2000 abzuschließen. Der Antragsschluss für die 1. Tagung des 7. Parteitages ist am Freitag, den 1. September 2000, 17.00 Uhr. Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind spätestens bis Freitag, den 18. August 2000, zu publizieren. Vorläufige Tagesordnungspunkte u.a.: Generaldebatte zur Rede des Vorsitzenden der PDS und zu den Leitanträgen des Parteivorstandes: „Für einen Politikwechsel in Ost und West. Für eine Wende hin zur sozialen Gerechtigkeit“ und: „Grundsätze und Ziele der PDS für die Wahlen bis 2002“; Beschlussfassung. Wahlen Parteivorstand.

14. Oktober: Mobilisierungen anlässlich des EU-Gipfels in Biarritz; Abschlussdemonstration des Frauenmarsches 2000 in Brüssel

ADRESSE AUFKLEBER

Halb-Zeit-Konferenz: Zwei Jahre Rot-Grün – Politik braucht Einmischung!

Konferenz und Aktionen in Berlin, am 22./23. September in der Technischen Universität Berlin, Straße des 17. Juni 135

„Wir wollten nicht nur eine andere Regierung – Wir wollen eine andere Politik“. Vor diesem Hintergrund wird auf der Konferenz eine Halbzeitbilanz der Regierungspolitik gezogen. Außerdem werden eigene Zukunftskonzepte und gemeinsame politische Schwerpunkte diskutiert.

Aus dem Programm:

Freitag, 22.9., 19.00 Uhr

Eröffnung:

Videobotschaft Pierre Bourdieu, Prof. für Soziologie, Gruppe Raisons d'agir, Charta 2000
Zwei Jahre Rot-Grün – Was hat es gebracht? (Jürgen Peters, 2. Vors. der IG Metall; Christa Wolf; Dr. Gerhard Timm, Bundesgeschäftsführer des BUND; Barbara Ummüßig, Vorsitzende von WEED; Prof. Dr. Ulrich Albrecht, Friedensforscher, FU Berlin.)

Samstag, 23.9.

9.00-10.30 Uhr: Einführende Beiträge:

„Vision“, Grundlegende Alternativen zukunftsfähiger Politik, Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Vereinigung Deutscher Wissenschaftler/NaturwissenschaftlerInnen-Initiative
Sozial-ökologische Umgestaltung – Arbeit und soziale Gerechtigkeit, J. Spangenberg, Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt u. Energie

10.45-12.45 Arbeitsgruppen: Frieden und Abrüstung/Bildung, Ausbildung und Wissenschaft/Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte/Demokratie, Gleichberechtigung, Partizipation/Arbeit, Ökologie, soziale Gerechtigkeit/Umwelt/Menschenrechte, Flüchtlinge

12.45-13.15 Uhr Schlussbeiträge: Aus der Defensive zum Handeln Horst Schmitthennner (IG Metall Vorstand), Heidrun Heidecke (stellv. Vorsitzende des BUND), Nadine Swernz (Jugendbündnis)

Trägerkreis: Aktionsbündnis Aufstehen für eine andere Politik (Erfurter Erklärung); Basis Grün; BBU Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz; BUND Bundesverband Umweltschutz und Naturschutz Deutschland; Deutsche Postgewerkschaft Postjugend; Flüchtlingsrat Berlin; GAJB Grünes Alternatives Jugendbündnis; IALANA Juristen und Juristinnen gegen Atomwaffen; IG Medien-Jugend; IG Metall-Jugend; IPPNW Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung; JungssozialistInnen in der SPD; Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Erwerbslosengruppen; Kuratorium Ostdeutscher Verbände; NaturwissenschaftlerInnen-Initiative »Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit«; Solid – Die sozialistische Jugend; Sozialistische Jugend – Die Falken; WEED Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung.

Kontakt: IG Metall-Jugend, Jan Engelhardt, Lyoner Str. 32, 60528 Frankfurt, Tel.: 069/6693-2269, Fax: 069/66932020. E-Mail: jugend@igm-metall.de